

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

04
2022

DEZEMBER 2022
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

KOLUMNE

**Ulf Poschardt rechnet
mit den Klima-Klebern ab**

STANDORT DEUTSCHLAND IN GEFAHR

Der Mittelstand hat in der Ampel keine Stimme

VERONIKA GRIMM IM INTERVIEW

**„Der Tankrabatt hat auch
viele begünstigt, die man gar
nicht entlasten musste“**



Jetzt doppelt Freude schenken!

Mit einer Spendenurkunde zu Weihnachten schenken Sie doppelt Freude. Schenken macht glücklich und Sie können die Welt ein wenig besser machen. Bei Aktion Deutschland Hilft finden Sie das Geschenk, das den Unterschied macht. Über 20 Hilfsorganisationen unterstützen Menschen in Not weltweit. Mit einer Spende schenken Sie zu Weihnachten neue Hoffnung.

Schon 105 Euro schenken drei Familien, die vor Krieg und Gewalt fliehen, Nothilfe-Pakete. Legen Sie einfach einen Spendenbetrag Ihrer Wahl fest und tragen Sie Ihre Weihnachtsgrüße ein. Ihre Spendenurkunde erhalten Sie binnen Minuten per E-Mail. Schenken Sie Freude unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de/Geschenkurkunde



Eine Spende ist das **schönste Geschenk!**

Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe nach schweren Katastrophen und hilft Familien, sich besser zu schützen. Erdbebensicheres Bauen rettet Leben. Getreidespeicher wappnen gegen Hunger. Und Hygieneprojekte bekämpfen Seuchen wie Corona. Schenken Sie Familien in Not neue Hoffnung. **Jetzt – mit Ihrer Spende zu Weihnachten!**



Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30

Jetzt Förderer werden unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



Ein Jahr Ampel – Ideologie statt Pragmatismus

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die Ampel feiert ihren ersten Geburtstag. Leider kann ich dazu nicht gratulieren. Denn nach nur 12 Monaten befindet sich der Mittelstand in Deutschland in einer historischen Krise. Alarmismus? Nein. Energiekrise, Schockinflation, gestörte Lieferketten und Kaufzurückhaltung treffen die Betriebe mit voller Wucht. Die Pandemie hat Reserven aufgezehrt. Betriebsaufgaben und -verlagerungen drohen oder finden bereits statt.

Der Mittelstand braucht nichts dringender als Planungssicherheit. Aber die Ampel streitet, verschleppt, vertagt. Ohne Frage: Die neue Bundesregierung hat weder den Angriff auf die Ukraine noch den Energieangebotsschock zu verantworten. Aber das desaströse Krisenmanagement geht allein auf das Konto der Ampel.

Die nationalen Folgen sind spürbar: Während der Internationale Währungsfonds für die Eurozone mit einem Wachstum von 0,5 Prozent rechnet, rutscht Deutschland in die selbstgemachte Rezession. In der Zeitenwende wären Führungsstärke, Pragmatismus und Augenmaß erforderlich. Wären. Denn tatsächlich ist davon nichts zu sehen oder spüren.

Gas- und Strompreisbremse geben noch immer keine Sicherheit. Die Winterlücke ist nicht geschlossen. Die dringend erforderliche Reform der Sozialversicherungen scheint weit entfernt. Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden durch die Hintertür erhöht. Über die Vermögenssteuer wird fabuliert. Das sogenannte Belastungsmoratorium der Ampel ist ein reiner Papiertiger. Aktuell drohen 34 neue nationale Regulierungen.

Ignoranz und Dilettantismus sind das eine. Ideologie das andere. Nirgendwo wird dies so deutlich wie beim Streit innerhalb der Ampel um die Laufzeiten der Kernkraftwerke. Das sogenannte Machtwort des Kanzlers war nichts anderes als ein Formelkompromiss. Am Ende siegte die Ideologie.



Deutschland verabschiedet sich zum 15. April von einem grundlastfähigen einheimischen Energieträger – zugunsten von Kohle und Katar. Das Klima lässt grüßen. Die Welt schüttelt den Kopf.

Aber wer aufgibt, hat schon verloren. Wir kämpfen weiter für die Verlängerung der Laufzeiten. Denn unsere Opposition wirkt. Das hat der Stopp der Gasumlage gezeigt. Wir konnten die Geburtsfehler des sogenannten „Bürger“-Geldes korrigieren. Der Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde abgewendet. Wer nicht arbeiten kann, dem wird geholfen. Wer kann, aber nicht will, dem drohen Sanktionen – ab dem ersten Tag.

Die Lösungen wie z.B. gegen die Ursachen von Energiepreiskrise und Inflation liegen auf dem Tisch. Die MIT hat dazu pragmatische Vorschläge vorgelegt. Insgesamt hat unser Bundesvorstand knapp 70 Beschlüsse zu den unterschiedlichsten Themen auf den Weg gebracht – ehrenamtlich. Dieses Ehrenamt zieht sich wie ein roter Faden durch unsere MIT – von den Kreisen über die Bezirke, Landesverbände bis hin zum Bund.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, Sie setzen sich an den unterschiedlichsten Stellen ein. Dafür bin ich Ihnen zutiefst dankbar. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie Kraft, Stärke und Vertrauen für das kommende Jahr.

Ihre

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Dr. Juliane Berndt

Redaktion:

Alina Kemper
Lars Jüngling-Dahlhoff
Hubertus Struck
Dr. Christoph Sprich

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin

Titelbild:

stock.adobe.com – Designsprache

Druckauflage:

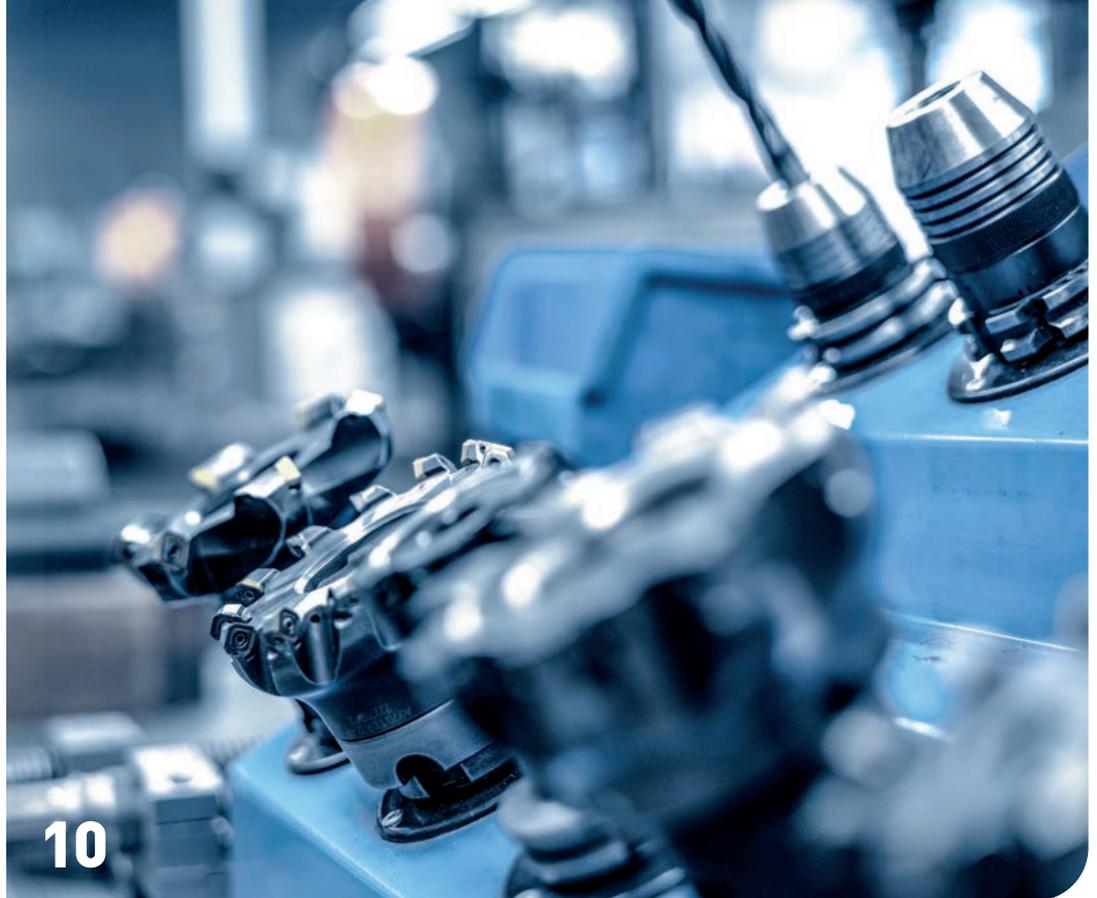
26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:

Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



10

MIT:EDITORIAL

Ein Jahr Ampel – Ideologie statt Pragmatismus

3

von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE

Die selbstarretierende Gesellschaft von Ulf Poschardt

8

Es sagt viel über unsere Zeit und unser Land aus, wenn in bestimmten Milieus die Aktivisten der „Letzten Generation“ die Helden der Gegenwart sind

MIT:TITEL

Standort Deutschland in Gefahr

Der Mittelstand hat in der Ampel keine Stimme

10

Er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Aber wegen der gestiegenen Energiepreise geraten viele Betriebe ins Straucheln

MIT:THEMA

Ist die Energiewende noch zu retten?

14

Sie gilt als aufwändig, teuer und technologisch unreif. Doch das kann noch korrigiert werden

MIT:JAHRESRÜCKBLICK

Das war 2022

18

Alles MIT-Highlights im Foto-Rückblick





22

MIT:INTERVIEW

Prof. Veronika Grimm im Gespräch

„Der Tankrabbat hat auch viele begünstigt, die man gar nicht entlasten musste“ 22

Die Wirtschaftsweise spricht über die Gaspreisbremse, den Fachkräftemangel – und was sie als Wirtschaftsministerin anders machen würde



28

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Brauchen wir auch künftig Kernenergie in Deutschland? 28

Die MdB Christoph Ploß und Thomas Heilmann diskutieren



30

MIT:ERKLÄRT

Union setzt sich durch

Warum beim Bürgergeld ein Systemwechsel verhindert wurde 30

Wochenlang machten CDU, CSU und MIT öffentlich Druck und verhandelten nach – mit Erfolg: Hartz IV bekommt zwar einen neuen Namen, aber die bewährten Instrumente der Arbeitsvermittlung bleiben erhalten

MIT:FAKTEN

6

Die Suche nach einem Unternehmensnachfolger wird immer schwieriger, die Deutschen sparen immer weniger und Deutschland bleibt der größte Nettozahler der EU

MIT: INSIDE

EU-Check

32

Neumitglieder

37

Mitgliederstatistik

38

TOTAL ABVERKAUF wegen Geschäftsauflösung

Suche nach Unternehmensnachfolger immer schwieriger

Obwohl viele Betriebe zur Nachfolge anstehen, möchten immer weniger Personen selbst Unternehmer sein oder Unternehmer werden. Dies geht aus dem aktuellen DIHK-Report zur Unternehmensnachfolge hervor. Demnach informierten sich bei ihrer IHK im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 nur noch halb so viele Personen, die ein Unternehmen übernehmen möchten (2.159 im Jahr 2021 zu 4.302 in 2019). Das Nachfolgeinteresse hat insbesondere in den von Lockdowns betroffenen Branchen, wie Handel und Gastronomie sowie bei kleinen Dienstleistungsunternehmen gelitten. Nicht so stark, aber dennoch deutlich ist die Zahl der berate-

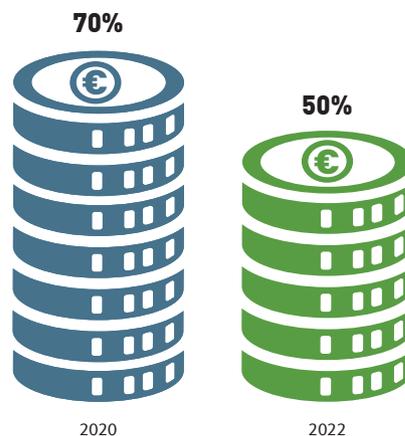
nen Alt-Inhaberinnen und Alt-Inhaber auf Nachfolgesuche gesunken (um knapp 1.000 auf nunmehr 6.021 Beratungen, 2019: 7.227). Damit verzeichnen die IHKs in ihren Beratungen mittlerweile fast dreimal so viele Alt-Inhaberinnen und -Inhaber auf Nachfolgesuche wie Personen, die ein solches Unternehmen übernehmen möchten. Ein Grund für den Rückgang auf beiden Seiten sind für die IHK-Beraterinnen und -Berater vor allem die gestiegenen Unsicherheiten im geschäftlichen Umfeld. Viele Unternehmer hatten angesichts der Herausforderungen während der Pandemie um die Existenz ihres Betriebes gekämpft und ihre Nachfolgesuche auf Eis gelegt.

Zum Sparen reicht's nicht mehr

Aufgrund der pandemiebedingt beschränkten Konsummöglichkeiten hatten sich die Ersparnisse der privaten Haushalte in Deutschland bis zum 1. Quartal 2022 um rund 185 Milliarden Euro erhöht (Deutsche Bundesbank, 2022). Diese Rücklagen dürften in vielen Haushalten mittlerweile jedoch aufgebraucht sein: Zum einen wurde der Konsum Anfang 2022 deutlich ausgeweitet, zum anderen zehren nunmehr die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise an den Ersparnissen. Während im Jahr

2020 noch 70 Prozent der Deutschen regelmäßig etwas (an)sparen konnten, liegt dieser Anteil aktuell nur mehr bei 50 Prozent. Zudem legen Sparer heute mehrheitlich deutlich weniger Geld zur Seite als im Vorjahr. Doch nicht nur die Sparmöglichkeiten gehen zurück: Bereits jetzt haben 61 Prozent ebenso ihre Ausgaben aufgrund der gestiegenen Energiepreise stark oder sehr stark reduziert. Auch die Mitte der Gesellschaft gerate zunehmend unter Druck, meldet das IW Köln.

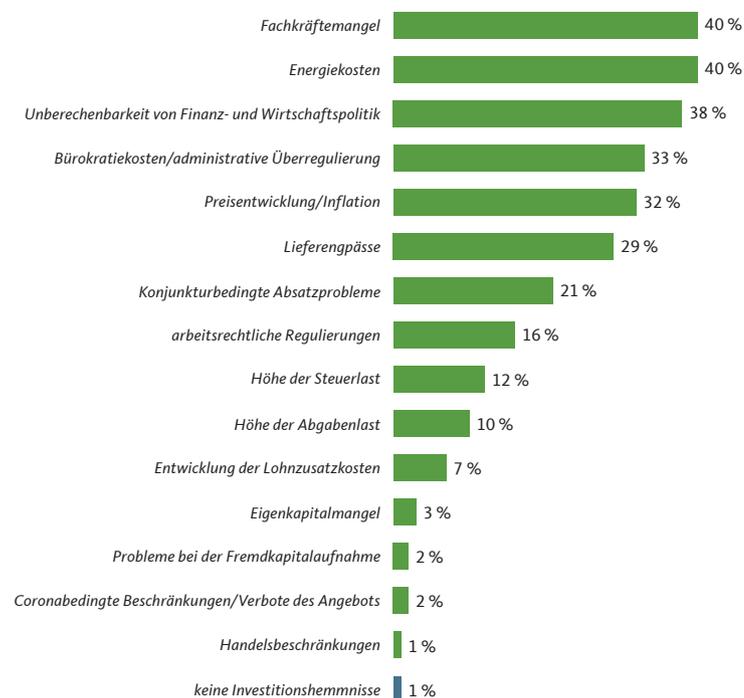
Regelmäßiges Sparen in Deutschland geht zurück



Energiekosten und Fachkräftemangel größte Sorgen

Deutschlands Unternehmer setzt die Energiekrise stark zu. Bald jeder zweite Familienunternehmer nennt die hohen Energiekosten und den Fachkräftemangel (je 40 Prozent) als ihr größtes Investitionshemmnis. Das ergab eine Umfrage der Verbände „Die Familienunternehmer“ und „Die jungen Unternehmer“. Das hat Folgen: Planten im 4. Quartal 2021 nur 30 Prozent der Unternehmer keinerlei Investitionen zu tätigen, wollen aktuell bereits 40 Prozent der befragten Unternehmer weder in die Erweiterung noch in die Instandhaltung ihrer Firmen investieren. Das ist ein über die Saisoneffekte hinausgehender hoher Anstieg, der sich dem Wert zum Pandemiebeginn nähert (45 Prozent). Auch wenn 64 Prozent der Befragten angesichts des dominierenden Fachkräftemangels die Mitarbeiterzahl konstant halten wollen, gibt es eine deutliche Eintrübung bei der Arbeitsnachfrage: 13 Prozent der Unternehmen müssen Arbeitskräfte reduzieren und nur noch 21 Prozent planen eine Ausweitung der Mitarbeiterzahl. Einzig positiver Lichtblick: Die Betroffenheit von relevanten Lieferengpässen hat bei den Unternehmern im Quartalsvergleich leicht abgenommen.

Wo liegen aus Ihrer Sicht die drei größten Investitionshemmnisse?



Quelle: „familienunternehmer.eu“

Wer bezahlt die EU? (Spoiler: Sie kennen die Antwort)

Die Finanzströme zwischen den Mitgliedstaaten und dem EU-Haushalt bilden zwar nur einen Teil der EU-Politik ab, gleichwohl einen besonders wichtigen. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) haben 2021 zehn Staaten mehr in den EU-Haushalt eingezahlt, als sie daraus erhalten haben – sie waren damit Nettozahler. 17 Staaten waren Nettoempfänger. Vergleicht man die absoluten

Beträge, zeigt sich, dass Deutschland mit einem Beitrag von 21,4 Milliarden Euro der größte Nettozahler des Jahres 2021 war. Es folgen Frankreich mit 10,9 Milliarden Euro und die Niederlande mit knapp 4,1 Milliarden Euro. Bei den Nettoempfängern liegt Polen mit 12,9 Milliarden Euro vorn. Es folgen Griechenland mit 4,7 Milliarden Euro und Ungarn mit 4,3 Milliarden Euro.

„Angezählt“

Wie sehr die Wirtschaft durch Infrastrukturprobleme eingeschränkt ist, hat das IW jetzt zum dritten Mal nach 2013 und 2018 in einer Unternehmensbefragung erhoben. Das Ergebnis: Es besteht dringender Handlungsbedarf. So ist die Zahl der Unternehmen, die unter der Verkehrssituation leiden, stark gestiegen. Inzwischen sehen sich 80% der Unternehmen durch Infrastrukturmängel in der Geschäftstätigkeit beeinträchtigt – über 20% mehr als noch 2013. Am weitesten verbreitet sind Probleme mit dem Straßenverkehr. Von den Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die sich durch Infrastrukturmängel beeinträchtigt sahen, meldeten 83% Probleme mit Straßen und Brücken. Auch Ostdeutschland und Baden-Württemberg sind bei den Straßen besonders betroffen.

Die selbstarretierende Gesellschaft

Von Ulf Poschardt

Es sagt viel über unsere Zeit und unser Land aus, wenn in bestimmten Milieus die Aktivisten der „Letzten Generation“ die Helden der Gegenwart sind. Also Blockierer und Selbstankleber, im wörtlichen und übertragenen Sinne. Waren linke Utopien bis in das 20. Jahrhundert noch mit einem Fortschritts- und Beschleunigungsglauben verbunden, erscheinen Stillstand und Entschleunigung heute als das neue Maß linken Denkens.

Was sich da Bahn bricht, ist die Sehnsucht nach einer bequemen, da ökonomisch bestens abgesicherten Bürgerlichkeit, die es gerne ein wenig ruhiger hätte. Geträumt vom besseren, weil langsameren Leben wird, wie unschwer im Zentrum der Hauptstadt zu bewundern ist, in stillgelegten Straßen mit Sperrholzmöbeln und kaum genutzten Fahrradwegen. In nostalgischen Kiezen wird sich einer romantisch verbrämten Degrowth-Fantasie hingeeben, die sich aber auch nur leisten kann, wer schon hat. Künstler und Intellektuelle haben kapituliert, machen mit oder halten die Klappe.

Neu in diesem Ideal sind die Claqueure, die den Beamt:innen (sic!) hinter dem Schalter applaudieren. Das hat auch mit einer Kultur zu tun, die weitgehend mit Steuergeld finanziert wird (und der man das ohne Heiner Müller und Christoph Schlingensief auch in jeder Sekunde anhört und ansieht). Und mit Medien, die öffentlich-rechtlich finanziert sind (und denen man das auch in der Regel anhört oder ansieht).



Ulf Poschardt (55) ist Chefredakteur der WELT-Gruppe und Sprecher der Geschäftsführung der WeltN24 GmbH. Zuvor war er u. a. Chefredakteur des Magazins der Süddeutschen Zeitung sowie Chefredakteur der deutschen Ausgabe der Vanity Fair.

Mit Gehorsam, Beichte und Buße ist die vorherrschende Kultur so sehr auf die Machtabsicherungsinstanz des Staates fixiert, dass freiheitliche Gedanken nur als Häresie auftauchen oder als zu eliminierendes Störgeräusch. Immer schambefreiter werden FDP-Wähler und liberale Unionisten in den Bereich des Verfassungskritischen geschubst.

Die Gegenwehr in den sozialen Netzwerken und auf den Straßen hat oft genug einen verzweiferten Ausdruck des Verbitterten und Hoffnungslosen. Es mangelt an Kraftzentren, die auch Widerspruch so substanzvoll artikulieren können, dass er breiter als in den eigenen, oft ver-

bitterten Blasen verfängt. Zudem fehlt der liberalen und bürgerlichen Welt oft das Selbstbewusstsein. Die Anständigen haben davon mehr, als es angemessen erscheint.

In Sachen Eskalation hat die „Letzte Generation“, bei der es sich offensichtlich um die allerletzte Generation handelt, jetzt wieder eine Schippe draufgelegt. In einem Video lässt sie einen gedoppelten Christian Lindner von der Polizei abführen: „Denn die gefährliche Blockadehaltung der FDP im Klimaschutz ist ein Verbrechen an all denen, die ihr Leben bereits verlieren und noch verlieren werden.“ Was, die Protestierer werden es nicht hören wollen, die „Letzte Generation“ mit den Rändern der politischen Landschaft verbindet: Bei Pegida-Demos wurde für Merkel der Galgen mitgebracht, bei Trump hieß es „Lock her up“, und bei der LG feiert man nun das Bild, wie Lindner abgeführt wird. Man stelle sich vor, in der Sächsischen Schweiz würde jemand inszenieren, wie Annalena Baerbock abgeführt wird.

Wer aber davon träumt, Politiker demokratischer Parteien abführen zu lassen, gehört nicht zu den Anständigen, sondern steht in der düstersten deutschen Tradition. Helmut Kohl hat das schön gesagt: „Jeder von uns bleibt aufgefordert, (...) jeglicher Form von Fanatismus entgegenzutreten.“ ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Mediale Inhalte verstärken Internetnutzung

Es gibt sie noch, die Menschen, die das Internet überhaupt nicht nutzen – aber sie werden immer weniger. 2022 umfasst die Gruppe der Offliner in Deutschland nur noch 3,6 Prozent – größtenteils ab 70-Jährige und mehrheitlich Frauen. Täglich genutzt wird das Internet mittlerweile von 80 Prozent der Menschen ab 14 Jahren. Mit einem Plus von vier Prozentpunkten ist das der höchste jemals in der ARD/ZDF-Onlinestudie erhobene Wert. Acht von zehn Menschen nutzen also das Internet jeden Tag, sei es für Videos, Mediatheken, Nachrichten, Musikstreaming, Podcasts, Social Media, Chats oder ähnliches – das entspricht annähernd 57 Millionen Personen in Deutschland. 2022 nutzt die Gesamtbevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland Medien-Inhalte oder Streams im Internet mit durchschnittlich 160 Minuten pro Tag noch intensiver als in den vergangenen Jahren (+24 Minuten). Jüngere verbringen fast fünf Stunden mit medialen Internetinhalten, ab 70-Jährige nur eine gute dreiviertel Stunde – das ergab die ARD/ZDF-Onlinestudie 2022. Auf Video inklusive YouTube, Mediatheken und Streamingdienste entfallen mittlerweile 76 Minuten (+12 Minuten) pro Tag. Im Bereich Audio (Streamingdienste, Live-Radio, Podcasts und so weiter) ist es eine gute Stunde (63 Minuten, +6 Minuten).



Quelle: ard-zdf-onlinestudie.de, erstellt von GIM im Auftrag der ARD/ZDF-Forschungskommission



Merit-Order

Merit-Order bedeutet auf Deutsch so viel wie „Reihenfolge der Vorteilhaftigkeit“. Es handelt sich dabei um das Prinzip, wie Preise auf dem Strommarkt zustande kommen. Jeder Erzeuger bietet seinen Strom so an, dass er seine Kosten decken kann. Diese sogenannten Grenzkosten muss der Erzeuger mindestens erwirtschaften, damit es sich für ihn lohnt, das Kraftwerk weiter zu betreiben. Somit setzt das teuerste Kraftwerk die Preise für alle Angebote, bis die Nachfrage gedeckt ist. Dieses Kraftwerk nimmt nur seine Grenzkosten ein, alle anderen erzielen Gewinne. Nach diesem Prinzip entsteht dann der Grenzpreis.

Immer weniger Unternehmensgründungen

Von Januar bis August 2022 wurden in Deutschland gut 80.200 Betriebe gegründet, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren das 6,6 % Betriebe weniger als im stark von der Corona-Krise geprägten Vorjahreszeitraum. Gegenüber dem Vorkrisenniveau (Januar bis August 2019) verringerte sich die Zahl der Gründungen größerer Betriebe um 5,0 %. Im Gegensatz zu größeren Unternehmen lag die Zahl neu gegründeter Kleinunternehmen von Januar bis August 2022 mit rund 93.400 um 5,6 % über dem Vorjahresniveau. Aber: Im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019 ging die Zahl der Neugründungen kleiner Unternehmen um 17,5 % zurück. Die Zahl der neu gegründeten Nebenerwerbsbetriebe sank von Januar bis August 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,0 % auf rund 202.800.



STANDORT DEUTSCHLAND IN GEFAHR

Der Mittelstand hat in der Ampel keine Stimme

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Aber in allen Entlastungspaketen der Bundesregierung wurden die Betriebe bisher nicht berücksichtigt. Dabei geraten wegen der gestiegenen Energiepreise viele Betriebe ins Straucheln.

Energiekrise, Inflation, Fachkräftemangel – die Probleme, mit denen sich die rund 3,6 Millionen Unternehmen gerade herumschlagen, sind vielfältig. 98 Prozent der Betriebe zählen zum Mittelstand. Die Mittelständler haben den guten Ruf der Marke „Made in Germany“ geprägt: Fest verwurzelt in ihrer Heimat, ein sicherer Arbeitgeber seit Generationen, Nachhaltigkeit als Teil der Unternehmens-DNA. Eigentlich sollten genau das die Unternehmen sein, die der Politik besonders am Herzen liegen. Gerade solche Unternehmen sollten gezielt unterstützt und ihre Besonderheiten berücksichtigt werden. Doch bei den drei Hilfspaketen der Ampel ging der Mittelstand weitgehend leer aus. Das Ganze ist umso erstaunlicher, da es auch in der aktuellen Ampel in guter Tradition einen Mittelstandsbeauftragten gibt. Die Wirtschaftswoche schrieb im Februar über den Grünen Michael Kellner, er fremdle noch mit seiner Rolle. Besuchte man Ende November die Website des „Mittelstandsbeauftragten“ beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), verbesserte sich der Eindruck nicht. Sie ist verwaist. Auf der Themenseite der BMWK-Website mit dem Titel „Europäische Mittelstandspolitik“: Null Einträge seit dem Amtsantritt der Ampel. Bei der Themenseite „Mittelstandspolitik“ gibt es immerhin 14 Einträge, die Hälfte davon sind allerdings Anfragen oder schriftliche Fragen der Opposition.

Trotz der historischen Krise, vor der der Mittelstand steht, nahm Kellner im

Oktober eine zusätzliche Position an. Bundeswirtschaftsministerium und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hatten sich darauf verständigt, dass Kellner Ansprechpartner für die Kultur- und Kreativbranche sein soll. Ist der Mittelstand für die Ampel nur ein Nebenschauplatz? Fest steht: Gerade jetzt braucht der Mittelstand einen Beauftragten, der mit vollem Einsatz zielgerichtete Unterstützungsmaßnahmen und Entlastungen für seine Zielgruppe auf den Weg bringt.

Auch Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer des Verbands DIE FAMILIENUNTERNEHMER, bestätigt diesen Eindruck: „Die Koalition hangelt sich in ihrer Mittelstandspolitik von einer Ankündigung zur nächsten. Die konkrete und zielgerichtete Umsetzung verzögert die Regierung jedoch in immer mehr Feldern. Der grüne Mittelstandsbeauftragte Michael Kellner hat Anfang des Jahres zugesichert, Unternehmen auch künftig nicht im Stich zu lassen. Mit den ersten beiden Entlastungspaketen wurden

Albrecht von der Hagen



Patrik-Ludwig Hantzsch



Denn die Zahlen sind alarmierend. Gesamtwirtschaftlich bewegt sich Deutschland in schwierigem Fahrwasser. Der Sachverständigenrat erwartet in seinem Anfang November vorgestellten Jahresgutachten, dass das reale Bruttoinlandsprodukt hierzulande in 2022 um 1,7 Prozent steigt und im Jahr 2023 um 0,2 Prozent zurückgeht. Für die Inflation erwarten die Wirtschaftsweisen Jahresdurchschnittswerte von 8,0 Prozent in diesem Jahr und 7,4 Prozent für das nächste Jahr. Sie warnen, dass selbst diese Prognose mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet sei.

Dass diese Stimmung im Mittelstand längst angekommen ist, bestätigt auch Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter Unternehmenskommunikation und Wirtschaftsforschung beim Verband der Vereine Creditreform. Eine aktuelle Umfrage von Creditreform zeigt, dass die Energiekosten und Inflation derzeit mit Abstand die wichtigsten Themen für den Mittelstand sind. Hantzsch erläutert, dass die Insol-

DIE LAGE IST FÜR VIELE UNTERNEHMEN JETZT SCHON DRAMATISCH UND WIRD SICH NOCH ZUSPITZEN

Umfrageergebnisse von DIE FAMILIENUNTERNEHMER und DIE JUNGEN UNTERNEHMER

FÜR **24%** ...DER FAMILIENUNTERNEHMER IST DIE AKTUELLE SITUATION EXISTENZBEDROHEND BZW. EINE STARKE BELASTUNG FÜR DAS UNTERNEHMEN.

FÜR **42%** ...DER FAMILIENUNTERNEHMER SIND DIE ENERGIEINDUZIERTEN KNAPPHEITEN BEI VOR-PRODUKTEN UND ROHSTOFFEN EXISTENZBEDROHEND BZW. EINE STARKE BELASTUNG.

DER ANTEIL DER ENERGIEKOSTEN AN DEN GESAMTKOSTEN DES UNTERNEHMENS HAT SICH VERDOPPELT:

27% der Familienunternehmer reagieren kurzfristig auf die Energiekrise durch...

...temporäre oder dauerhafte Produktionseinstellung,

...Verlagerung der Produktion ins Ausland oder eine

...Produktionsdrosselung.

↪ **48%** planen über das Jahr hinaus mit diesen Maßnahmen zu reagieren.



ENERGIELIEFERVERTRÄGE: DER BLICK NACH VORNE IST DRAMATISCH!

36% der Familienunternehmer haben Energieverträge **nur noch für 6 Monate oder kürzer.**

13% bekommen sowohl für Gas und Strom bereits jetzt **keine neuen Verträge** mehr.

Die **Konditionen** in neuen Energieverträgen sind für viele Familienunternehmer kurz bis mittelfristig **nicht tragbar:**

↪ **39%** bei STROM | **45%** bei GAS

© DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V. | Befragungszeitraum: 27.–28.09.2022 | n=707

im Wesentlichen jedoch nur staatliche Hilfen mit der Gießkanne an die Bevölkerung ausgeschüttet. Der Mittelstand wartet derweil noch immer auf das Gros der ihn betreffenden Entlastungen.“ Er fragt: „Wo bleiben die laut Eigenlob der Bundesregierung ‚beispiellosen Unterstützungs- und Entlastungsmaßnahmen besonders auch für Unternehmen?‘“

venczahlen noch nicht so hoch seien, wie manch einer befürchtet habe, denn noch immer verschleierte die zeitweise ausgesetzte Pflicht zum Insolvenzantrag die Situation der Unternehmen. Eine Bonitätsanalyse von Creditreform habe jedoch bereits zum Jahreswechsel 2021/22 deutlich schlechtere Werte gezeigt. Hantzsch prognostiziert: „In Deutschland befinden wir uns trotz einer aktuellen (leichten) Zu-

nahme der Pleitefälle immer noch auf einem niedrigen Niveau. Das wird sich in den kommenden Wochen und Monaten aber ändern.“ Und er merkt an: „Unternehmen mit unrentablen Geschäftsmodellen müssen auch den Weg der Insolvenz beschreiten dürfen, sonst wächst die Zahl der dauerhaft ertragslosen Firmen. Eine auf marktwirtschaftlichen Prinzipien aufgebaute Volkswirtschaft verträgt es nicht, wenn alle Unternehmen auf Teufel komm raus am Leben erhalten werden.“

Dass die Krise kein reines Branchenproblem ist, zeigen neben den historisch schlechten gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen auch die bisherigen Einsendungen zu der von der MIT im Herbst ins Leben gerufenen Aktion „Mittelstand retten jetzt“ (Infokasten Seite 13).

Eines der betroffenen Unternehmen gehört Michael Döppner. Er ist Geschäftsführer der Leopold Feuerstein

„Die Koalition hangelt sich in ihrer Mittelstandspolitik von einer Ankündigung zur nächsten.“

Albrecht von der Hagen

Holztechnik GmbH. Das Unternehmen wurde 1898 gegründet. Döppner führt es heute als Ur-Enkel des Gründers in vierter Generation. Er sagt: „Die Energiekrise belastet uns stark. Der Arbeitspreis unseres Stromanbieters wird sich von ca. 14 Cent pro kWh auf ca. 62 Cent pro kWh erhöhen.“ Ein Preisanstieg von etwa 500 Prozent. Das Unternehmen arbeitet mit Holz und ist spezialisiert auf den Holztreppebau sowie den Bau von Sicherheitsfenstern und -türen aus Holz und Aluminium. Es beschäftigt mehr als 40 Mitarbeiter. Wie der Geschäftsführer mit dem Preisanstieg umgeht, ist noch unklar. „Einen Teil werden wir weitergeben können, den Rest muss das Unternehmen tragen.“ Döppner fordert endlich Lösungen von der Politik. Er wünscht sich, dass das Energieangebot erweitert und vollumfänglich ausgeschöpft wird.

Familienunternehmen wie das von Döppner gibt es viele. Laut dem Institut für Mittelstandsforschung in Bonn sind 93,6 Prozent aller 3,6 Millionen Unternehmen Familienunternehmen. Hauptgeschäftsführer von der Hagen sieht bei den Energiepreisen ebenfalls weiterhin viel Handlungsbedarf. Er sagt: „Bei der Strom- und Gaspreisbremse soll es eine Härtefallregelung für besonders betroffene kleine und mittlere Unternehmen geben. Fast möchte man loben, immerhin habe die Regierung darauf geachtet, dass niemand von ihr zu viel Urlaub ins nächste Jahr überträgt.“

Unmut gibt es in allen Branchen. Selbst im Gesundheitsbereich gerät vieles in Wanken. So berichtet Physiotherapeut Ulrich Pohl aus Frankfurt am Main mit Blick auf die Regelungen zur Raumtemperatur: „Die derzeitige Energiekrise kostet meine Praxis viel Geld. Eine Raumtemperatur von 18 Grad ist für uns absolut unzureichend. Nötig sind stattdessen 22 bis 23 Grad.“ Zusätzlich blickt er auch wegen des Fachkräftemangels besorgt in die Zukunft seiner seit über 30 Jahren bestehenden Praxis. Ähnlich ergeht es Dr. Stefanie Ullrich-Colaiacomo, die Ärztin in einer Praxisgemeinschaft in Baden-Württemberg ist. „Der Versorgungsaufwand und damit der Frust in den Praxen ist geradezu explodiert.“ Zu den dramatisch gestiegenen Energiepreisen käme auch noch das Milliarden-Loch bei den Krankenkassen. Es drohen reale Einkommensverluste im deutlich zweistelligen Bereich, teilweise bis zu 20 Prozent. Die Hausärztin warnt vor dem Ende eigentümergeführter Praxen mit freiberuflichen Ärzten und macht auf ein weiteres Problem aufmerksam: „Ohne finanzielle Ressourcen gibt es keine Digitalisierung und Umsetzung von Innovationen in den Praxen. Dies gefährdet die qualitativ hochwertige Patientenversorgung.“

Vor allem die zahlreichen Handwerksbetriebe müssen derzeit an allen Fronten kämpfen. Neben den Bäckereien, die seit dem Sommer ihre Lage sichtbar und laut öffentlich machten, sind auch andere Innungen betroffen, bspw. Dachdecker und Fleischer. Stellvertretend für einen der ca. 10.000 Fleischerbetriebe in Deutschland steht Fleischermeisterin Nora Seitz aus Sachsen, die zusammen mit ihrer Mutter die fast 100 Jahre alte Familienfleischerei führt. Seitz ist auch Mitglied des Präsidiums des Deutschen Fleischer-Verbandes und berichtet über die schlechte Stimmung in der Branche. Sie kritisiert, dass die Mittelstandspolitik der Ampel bisher wenig nachvollziehbar ist: „Die Ampel kommt ihrer Führungsrolle nicht nach. Viele ihrer Aktionen waren nicht mit Fakten hinterlegt oder entsprachen der Expertenmeinung. Nach diesem Hin und Her der Regierung – Stichwort Gasumlage – kamen dann die Briefe von den Energieversorgern. Und wir mussten mit Mondpreisen kämpfen.“ Besonders im Lebensmittelhandwerk sei die Situation dramatisch, die Corona-Krise

Michael Döppner



Nora Seitz



beispielsweise die Partyservice-Angebote komplett zum Erliegen gebracht habe. Das Branchen-Sterben beschleunigte sich. Seitz erläutert: „Was nun passiert, ist beispiellos. Wir verlieren schon jetzt Kollegen, die sicher noch die Anstrengungen einer Nachfolgersuche unternommen hätten und uns noch ein paar Jahre erhalten geblieben wären. Diese gehen jetzt einfach vom Markt. Und das dauerhaft.“ Ähnlich wie auch die Familienunternehmer ruft das Handwerk nach Steuersenkungen und finanziellen Überbrückungshilfen,

Aktion: Mittelstand retten jetzt!

Die Verzweiflung im Mittelstand wegen der explodierender Energiepreise wird immer größer. Wir von der MIT wollen unseren Betrieben deshalb eine Stimme geben – mit der Aktion „Mittelstand retten jetzt!“. Dabei können Unternehmen, die sich engagieren wollen, ein Video über ihre persönliche Betroffenheit aufnehmen und auf unserem Portal hochladen. Wir sorgen dann für Verbreitung und damit für Aufmerksamkeit.



falls die Gas- und Strompreisbremse tatsächlich erst ab März Geld in die Kassen vieler Betriebe spült. Zudem fordert sie auch die Einführung eines Härtefallfonds für besonders bedrohte Klein- und Kleinbetriebe.

Insgesamt lässt sich also erkennen, dass die Zeit von Branchenlösungen vorbei ist. Stattdessen wird der Ruf nach strukturellen Entlastungen deutlich. Bereits im September kritisierte die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Gitta Connemann genau das auch am dritten Entlastungspaket und bezeichnete dieses als „Unterlassungspaket“. Die Ampel habe erneut keine strukturelle Entlastung für kleine und mittlere Betriebe vorgesehen. Die Kritik ist immer noch aktuell.

Der Wirtschaftsexperte Hantzsch von Creditreform sieht ebenfalls dringenden Handlungsbedarf, um die wirtschaftliche Lage der Unternehmen zu stabilisieren, und warnt vor Liquiditätsengpässen: „Anhand unseres Debitorenregisters Deutschland (DRD) können wir deutlich sehen, dass sich die Zahlungsmoral kontinuierlich verschlechtert. Dabei ist es egal, ob Kleinunternehmen, Mittelständler oder Großkonzern. Unternehmen aller Größenklassen lassen ihre Kreditgeber zuletzt länger und über das gesetzte Zahlungsziel hinaus auf den Geldeingang warten.“ Und er warnt: „Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele der

Mehrkosten die Unternehmen und Verbraucher noch gar nicht erreicht haben. Noch lange sind nicht alle Nebenkostenabrechnungen verschickt, und viele Unternehmen werden Probleme haben, neue Energieverträge abzuschließen.“

Eine einfache Lösung, die die Mittelstands- und Wirtschaftsunion seit Beginn der Krise fordert, wäre die Einführung eines sogenannten Belastungsmoratoriums. Ganz konkret soll dies bedeuten, dass für den Zeitraum der Krise keine zusätzlichen Belastungen auf die Unternehmen zukommen. MIT-Chefin Connemann erklärt dazu: „Die Bundesregierung muss die Notbremse gegen zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft ziehen. Jede weitere Bürokratie oder finanzielle Last schadet Unternehmen und ihren Beschäftigten. Jetzt ist nicht die Zeit für Ideologie, sondern für Planungssicherheit und Entlastung statt Belastung.“

Zwar hat Finanzminister Christian Lindner (FDP) für die Bundesregierung ein solches Moratorium im Herbst angekündigt, wie dieses aber aussehen soll und welche Gesetze konkret darunter fallen könnten, ist weiter unklar.

Gleichzeitig wird die Liste an zusätzlicher Bürokratie und Extra-Regulierungen, für die Wirtschaft lang und länger. Im Fokus der Kritik stehen das nationale Lieferkettengesetz und die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Brüsseler Taxonomie und das europäische Lieferkettengesetz. Auch auf EU-Ebene soll es eine Art Belastungsmoratorium geben. In Straßburg stimmte auf Initiative der EVP eine Mehrheit der Abgeordneten einem solchen Antrag zu. Auch hier gibt es schon länger Handlungsbedarf. Laut einer internen Abfrage der MIT unter den Hauptgeschäftsführern verschiedenster Verbände in Berlin hat sich die Anzahl der belastenden Regulierungen aus Brüssel im Vergleich zum März bis in diesen Herbst noch weiter erhöht. Von Moratorium also bisher keine Spur. Kein Wunder also, dass die Ausgestaltung eines solchen Instruments auch in Brüssel hoch umstritten ist und intensiv diskutiert wird. Interessant ist außerdem: In der Europäischen Kommission hat der Mittelstand unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen allem Anschein nach an Einfluss verloren. So gibt es keinen zentralen Ansprechpartner und damit quasi keinen Advokaten für die Belange des Mittelstandes. Aufgrund der Krise wäre das aber dringend notwendig.

Der Mittelstand braucht echte Kämpfer für seine Belange. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft darf keine ernsthaften Risse bekommen. Dafür braucht es vollen Einsatz, sowohl in Berlin als auch in Brüssel. Doch aktuell hat der Mittelstand keine Stimme in der Regierung. ●



Lars Jüngling-Dahlhoff
Redakteur
juengling-dahlhoff@mit-bund.de

DER DEUTSCHE SONDERWEG

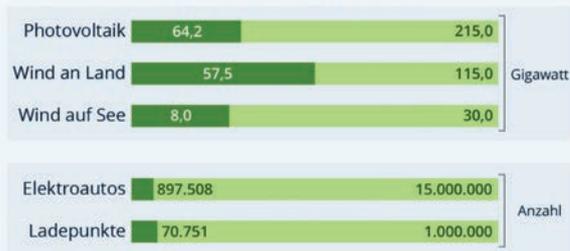
Ist die Energiewende noch zu retten?

Die ideologiegetriebene Energiewende gilt als aufwändig, teuer und technologisch unreif. Vor allem der überstürzte Ausstieg aus der Kernkraft erweist sich für Deutschland als Fehler. Doch das kann noch korrigiert werden.

Energie-Ziele der Regierung in weiter Ferne

Vergleich des aktuellen Stands der Energiewende mit den Zielen der Bundesregierung für 2030

■ Aktueller Stand ■ Ziel 2030



* der aktuelle Stand gibt die jeweils letzten verfügbaren Daten der Indikatoren im November 2022 wieder
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)



statista

Wie eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, liegen die Energieziele der Bundesregierung noch in weiter Ferne.

Im vergangenen Jahr verschärfte die unionsgeführte Bundesregierung die Vorgaben weiter. Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes verankerte sie das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045. Die Emissionen sollen bereits bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken.

Die Ampel bremst die Energiewende

Die Ziele der Energiewende sind damit klar beschrieben, der Weg dorthin aber nicht. Alle Technologien müssen einen Hochlauf erfahren, um die Klimaziele zu erreichen. Doch die Ampel steht beim Ausbau der Erneuerbaren auf dem Bremspedal. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Ziele verschärft werden. Was wir in Deutschland brauchen, ist ein echter Mentalitätswandel: Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen massiv beschleunigt werden; Kommunen müssen bei der Errichtung und beim Gewinn von Solarparks und Windkraftanlagen beteiligt werden; Gemeinden müssen Flächen vorab prüfen und positiv bescheiden können; der Arten- und

Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen. Wasser- und Solarkraft, Windenergie, Erdwärme und nachwachsende Rohstoffe sollen die fossilen Energieträger kontinuierlich ersetzen. Sie sollen bis 2050 rund 60 Prozent am Energieverbrauch und 80 Prozent am Stromverbrauch ausmachen. Zudem soll der Energieverbrauch bis 2050 halbiert (verglichen

mit 2008) und der Treibhausgasausstoß um 80 bis 95 Prozent (verglichen mit 1990) reduziert werden.

Weitere Ziele kommen hinzu

Im Laufe der Zeit wurden die Ziele modifiziert und es kamen weitere hinzu, etwa der vollständige Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022, die Steigerung der Energieeffizienz, eine größere Unabhängigkeit von Energieimporten wie Erdöl und Erdgas und eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts durch Innovationen im Energiesektor.





Denkmalschutz muss temporär außer Kraft gesetzt werden; Personal in Behörden und Gerichten muss aufgestockt und mit KfW-Mitteln muss ein vorzeitiger Baubeginn ermöglicht werden. MIT-Mitglied Dr. Tobias Müller, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, der seit vielen Jahren Großvorhaben rechtlich und strategisch begleitet, unterstreicht: „Das Potenzial der Erneuerbaren Energien in Deutschland ist nicht ausgeschöpft. Wenn Planungsverfahren beschleunigt werden,

stärkt das die Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit von Energie in Deutschland.“

Sicher, sauber, bezahlbar

Während die Energiewende heute vor allem mit dem überstürzten Atomausstieg von Kanzlerin Angela Merkel verbunden wird, verbirgt sich hinter dem Begriff ursprünglich das Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit.

Als Geburtsstunde dieses Zieldreiecks und des historisch betrachtet einmaligen Umbauprojektes der Energie- und Wirtschaftsstrukturen gilt für viele Betrachter die Fachtagung „Energiewende – Atomausstieg und Klimaschutz“. Diese fand vor 20 Jahren am 16. Februar 2002 in Berlin statt.

Energiewende spaltet Gesellschaft

Aus diesem Anlass kamen im Sommer dieses Jahres renommierte Wissenschaftler und Experten abermals zu einer Fachtagung zusammen, um Bilanz zu ziehen. Gastgeber war Professor André Thess vom Lehrstuhl für Energiespeicherung der Universität Stuttgart. Für ihn

besitzt die Energiewende 20 Jahre nach ihrer Geburt Spaltungspotenzial: „Ihr Ziel ist dreifach in Frage gestellt: durch die fehlende Akzeptanz der Bürger, durch das ungelöste Energiespeicherproblem und durch die hohen volkswirtschaftlichen Kosten“, so Thess.

Fehlende Akzeptanz der Bürger

Ihn treibe um, dass einerseits Aktivisten, Klimaforscher, Unternehmer und eine Mehrheit amtierender Politiker immer ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen forderten. „Auf der anderen Seite kritisieren Bürger, energieintensive Unternehmen und Politiker die steigenden Energiekosten, beklagen gravierende Umweltschäden und befürchten einen Blackout“, sagt Thess. Er verweist auf Umfragen, nach denen ein wachsender Teil der Bürger die Weiternutzung der CO₂-armen Kernenergie befürwortete. Mit deren Einordnung als nachhaltige Energietechnologie im EU-Taxonomie-Prozess habe sich die Kritik am deutschen Sonderweg nochmals verstärkt.

Forscher verfassen Erklärung

Auf der Tagung in Stuttgart widmeten sich die Experten daher der Aufgabe,

Professor Dr. André Thess ist Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart und Direktor des Instituts für Technische Thermodynamik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). Er plädiert für eine Weiternutzung der CO₂-armen Kernenergie.



die energiepolitischen Pläne der Bundesregierung einer Realitätsüberprüfung zu unterziehen. Ihr Fazit: Ob bei der Energieerzeugung, ihrer Speicherung, beim Netzausbau oder der Frage der Bezahlbarkeit – zwischen den Vorstellungen der Politik und der Realität klaffe eine gewaltige Lücke.

Die Wissenschaftler riefen die Politik zu einer „Realitätswende“ auf: weg von hektischen Kurswechseln, hin zu einer langfristig stabilen und bezahlbaren Energieversorgung. In einer „Stuttgarter Erklärung“, die insgesamt 20 Universitätsprofessoren unterzeichneten, forderten sie anschließend, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen.

Atomausstieg bremst Klimaschutz

Wörtlich heißt es darin, dass sich Deutschland mit der einseitigen Ausrichtung auf Sonne, Wind und Erdgas „in Energienot manövriert“ habe. Steigende Energiepreise und sinkende Versorgungssicherheit gefährdeten „Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand“. Das Festhalten am Atomausstieg verschärfe diese Gefahren und bremse – zusammen mit der Kohleversromung – den internationalen Klimaschutz. Ungewöhnlich: Während Energiedebatten hierzulande häufig von Klimaforschern dominiert werden, haben sich in der „Stuttgarter Erklä-

rung“ überwiegend Forscher aus den Bereichen Thermodynamik, Elektroingenieurswesen sowie Verfahrens- und Umwelttechnik zusammengetan. Ihr Blick richtet sich somit weniger nach der Modellierung des Weltklimas, sondern nach der technischen Umsetzbarkeit.

Streckbetrieb nur bis April

Doch statt den Irrweg des Atomausstiegs ganz zu beenden, konnte sich die Bundesregierung – auch dank des Drucks der MIT und der Unionsfraktion im Bundestag – gerade so dazu durchringen, die drei letzten noch betriebenen Kernkraftwerke bis Mitte April 2023 am Netz zu halten. Dafür haben nicht nur Wissenschaftler, sondern auch die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann wenig Verständnis: „Erforderlich wäre der Streckbetrieb aller drei Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024. Denn der Strommangel wird im kommenden Winter ebenso so groß sein wie in diesem.“

„Blackout-Gefahr bleibt“

Die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland versorgen derzeit rund 10 Millionen Haushalte mit Strom. Damit sind sie eigentlich unentbehrlich, wenn eine Ausweitung der Energiekrise verhindert werden soll. Connemann: „Wenn man jetzt Kernkraftwerke braucht, braucht man

sie auch in einem Jahr. Dann hätte man aber jetzt die dafür notwendigen Brennstäbe bestellen müssen. Der faule Kompromiss wird die Preise nicht senken.“ Der Beschluss, die Kernkraftwerke nur bis Frühjahr 2023 laufen zu lassen, bedeutet nach MIT-Berechnungen: zwölf Prozent höhere Kosten und 14 Prozent zusätzlichen CO₂-Ausstoß. „Die Gefahr eines Blackouts im nächsten Jahr bleibt bestehen“, warnt Connemann.

Union will weiteren Stresstest

Das sieht auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion so. In einem Zehn-Punkte-Papier fordert die Union, mindestens zwei weitere Jahre lang, also bis Ende 2024, auf Kernenergie zu setzen. „Ein Industrieland wie Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie“, sagt der für Energie zuständige Unionsfraktionsvize Jens Spahn. „Dazu gehört ein neuer, unabhängiger Stresstest, bevor die Kernkraftwerke abgeschaltet sind“, so Spahn. Der neue Stresstest soll die Energieversorgung für den Winter 2023/24 prüfen und müsse von der Bundesregierung „bei den Übertragungsnetzbetreibern noch im Dezember 2022 beauftragt werden“.

Rückbau „unverzüglich“ stoppen

Weil die verbliebenen drei Kernkraftwerke auf Koalitionswunsch nur noch das restliche vorhandene Brennmate-

Faktensammlung Kernkraft

Leistung Kernkraftwerke

- Die drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke produzieren jährlich zusammen 33,2 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom.
- Das reicht aus, um 9,4 Millionen Haushalte mit je drei Personen (bei 3500 kWh jährlichem Verbrauch) ein Jahr lang mit Strom zu versorgen.
- Die im Jahr 2021 abgeschalteten drei Kernkraftwerke haben jährlich 31,2 Milliarden kWh Strom produziert.
- Alle sechs Kernkraftwerke zusammen kön-

nen bei einer Leistung von 64,4 Milliarden kWh Strom zusammen 18,3 Millionen Haushalte versorgen.

Vergleich Windenergie

- Im Vergleich dazu erzeugt ein einzelnes Windrad lediglich vier bis sieben Millionen kWh.
- Möchte man ein Kernkraftwerk durch Windkraftträder ersetzen, würde man pro Kernkraftwerk 1300 bis 3250 Windräder benötigen. Die Tendenz zeigt in der Realität hier jedoch eher nach oben.

Beispiel: Das Kernkraftwerk Emsland mit einer jährlichen Stromproduktion von zehn Milliarden kWh soll durch moderne Windräder mit einer Produktion von acht Millionen kWh pro Jahr ersetzt werden. In dem Fall wären 1250 Windräder notwendig. Würde man hier von einem Rotordurchmesser von 70 Metern ausgehen und den Mindestabstand in einem großen Windpark einhalten, würden die Windräder eine Fläche von rund 100 Quadratkilometern einnehmen. Das entspricht beispielsweise der Hälfte der Fläche Stuttgarts.

rial nutzen dürfen, fordert die Union die Bundesregierung weiterhin auf, die Beschaffung neuer Brennelemente sicherzustellen. Zudem müsse die derzeit nur bis Ostern ausgesetzte „Periodische Sicherheitsüberprüfung“ der Kernkraftwerke bis Ende 2023 verschoben werden.

Die Unionsfraktion nimmt – ebenso wie die MIT, die das bereits seit März fordert – nicht nur die drei laufenden, sondern auch die drei bereits Ende 2021 stillgelegten Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C in den Blick. Deren Rückbau müsse „unverzüglich“ gestoppt werden. „Die Wiederinbetriebnahme dieser Kernkraftwerke muss vor dem Hintergrund der technischen Machbarkeit sowie von Bedarf und Stabilität des

Stromsystems geprüft werden“, heißt es in dem Ende November eingebrachten Antrag.

Keine Zeit für Ideologie

Darüber hinaus fordert die größte Oppositionsfraktion, die aktuelle Begrenzung der Biomasseerzeugung und des Solarstromausbaus zu beenden, den kurzfristigen Flüssiggaseinkauf im Ausland zu forcieren und die schnelle Inbetriebnahme bestehender Kohlekraftwerke zu erleichtern.

Denn klar ist: Für eine ideologie- und angstgetriebene Energiepolitik, wie in der Vergangenheit, darf nach der „Zeitenwende“ kein Platz mehr sein. Wie groß die Gefahr einer solchen Politik ist, zeigt das Beispiel der „Dunkelflauten“, also jener wind- und

sonnenarmen Zeiten, in der weder Wind- noch Solarkraft einen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Moderne Kernkraftwerke der neuesten Generation können bereits jetzt günstigen Wasserstoff erzeugen, ebenjenes Stoff, der für die Energieversorgung der Zukunft benötigt wird. Im Falle einer Dunkelflaute könnten die Kernkraftwerke also helfen, die Energielücke zu schließen. Und sollte sich eines Tages herausstellen, dass es ohne Kernkraft geht, könnten die Anlagen immer noch stillgelegt werden – dann, wenn es tatsächlich geboten ist. ●



Hubertus Struck
Redakteur
struck@mit-bund.de

Anzeige

wachsen MIT DER IBB

Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen



Das war 2022 – alle Highlights im Überblick

Deutscher Mittelstandspreis

Ganz Berlin traf sich am 5. September, um die Verleihung des „Deutschen Mittelstandspreises 2022“ der MIT in den Kategorien Unternehmen, Politik und Gesellschaft am Brandenburger Tor zu feiern. Die Preisträger waren Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt (Kategorie Politik), der Virologe Prof. Klaus Stöhr (Gesellschaft) sowie der deutsche Luftfahrt-Ausrüster Autoflug (Unternehmen). Bis in die Nacht wurde kräftig angestoßen, geplaudert und genetworkt. Wir freuen uns schon aufs nächste Jahr!

Klausurtagung

Familientreffen in Papenburg: Auf unserer Klausurtagung im August hat der Bundesvorstand unter anderem einen Fünf-Punkte-Plan verabschiedet, um

Betriebe und Bürger zu entlasten und Energiesicherheit herzustellen. Er lieferte wichtige Impulse für die strategische Argumentation der CDU in den darauffolgenden Wochen.

Kommissions-sitzungen

Sie sind das Herz der MIT: unsere Fachkommissionen. Auch in diesem Jahr fand ein großer Teil der inhaltlichen Arbeit in eben jenen acht MIT-Kommissionen statt. Jeweils 30 Mitglieder sowie zwei Co-Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender diskutieren zu ihren Fachthemen und erarbeiten Positionspapiere zu den Bereichen Arbeit/Soziales/Familie, Digitales, Europa, Gesundheit/Pflege, Klimaschutz/Energie/Umwelt, Steuern/Haushalt/Finanzen, Wirtschaft/Innovation/Forschung/Bildung, sowie Verkehr/Bau/Logistik. Vielen Dank für Euren Einsatz auch in diesem Jahr!





12



13



14



15



16



17

1. Größtes Highlight 2022: die Verleihung des Mittelstandspreises der MIT; 2. MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann moderiert den Deutschen Mittelstandspreis; 3. Einer der glücklichen Gewinner: der Luftfahrt-Ausrüster Autoflug; 4. Preisträger Reiner Haseloff im Gespräch mit Gitta Connemann; 5. Heike Conrads von der Allianz; 6. Auch das Bäckerhandwerk zeigt, was es kann; 7. Die Preisträger mit ihren Laudatoren; 8. Viel Polit-Prominenz, viele gute Gespräche; 9. Gute Stimmung gehört zum Mittelstandspreis dazu; 10. Grandiose Kulisse: der Ausblick vom Dach des Allianz-Forums; 11. Gäste aus ganz Deutschland besuchten die Preisverleihung; 12. Im Rahmen der Klausurtagung besuchten die Mitglieder des Bundesvorstandes das Familienunternehmen Meyer Werft in Papenburg; 13. Gemeinsames Abschlussfoto nach einer erfolgreichen Tagung; 14. Gitta Connemann leitet durch die Tagesordnungspunkte; 15. Da rauchten die Köpfe: Konzentrierte Arbeit im Bundesvorstand; 16. Zu Gast war auch der damalige niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers; 17. Abends wurden die Gespräche in gemütlicher Runde fortgesetzt; 18. bis 21. Die inhaltliche Arbeit der MIT findet zu großen Teilen in den verschiedenen Kommissionen statt, die mehrmals im Jahr zu ihren Fachthemen tagen. Die jeweils 30 Mitglieder erarbeiten dabei Positionspapiere und sprechen mit interessanten Gästen über Themen, die den Mittelstand bewegen; 22. Der MIT-Stand war ein beliebter Treffpunkt auf dem Parteitag; 23. Anregende Gespräche unter MITlern; 24. Der Stand der MIT auf dem CDU-Parteitag – Minuten, bevor es los ging ...; 25. Mit ihren Wortbeiträgen, setzt sich die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann für die Themen und Standpunkte der MIT ein; 26. Jeden Tag konnten die Delegierten am MIT-Stand zu einer anderen Frage abstimmen



18



19



20



21



22



23



24



25



26

Parteitag

Am 9. und 10. September war die MIT auf dem 35. CDU-Parteitag dabei. Hier wurden viele wichtige Weichenstellungen getroffen. Mit fast 90 Prozent wurde MIT-Mitglied Christina Stumpp aus Waiblingen (Baden-Württemberg) von den Delegierten des Parteitags zur Stellvertretenden Generalsekretärin der CDU Deutschlands gewählt. Zum ersten Mal in der Geschichte der CDU wurde dieser Posten vergeben. Für einen Gänsehaut-Moment sorgte Parteichef Friedrich Merz, als er in seiner Rede zu Putins brutalem Angriffskrieg auf die Ukraine Stellung bezog: „Dieser Angriff ist nicht nur ein Angriff auf die territoriale Integrität des zweitgrößten Landes Europas – sondern auch ein Angriff auf die politische Friedensordnung der Nachkriegszeit.“

JU-Deutschlandtag

Erst wurde er gewählt, dann schaute er am MIT-Stand vorbei: Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Fulda wurde der 30-jährige Jurist Johannes Winkel zum neuen JU-Chef gewählt. Er hatte 260 von 305 der abgegebenen Stimmen erhalten. In seiner Antrittsrede sagte Winkel: „Jetzt beginnt für uns eine neue Zeit. Auch die JU muss ihren Platz in der Opposition

finden und mit CDU und CSU, wenn es sein muss auch alleine, die Ampel herausfordern. Dabei sollten wir in den entscheidenden Fragen unserer Generation vordenken: Vordenken in der Generationenfrage des demographischen Wandels mit einer modernen Familien- und kluger Migrationspolitik. Vordenken beim Klimawandel mit einer Debatte um klimaneutrale Grundlast.“

Taxonomie

Ein hochkarätiges MIT-Panel kam am 7. November in Berlin zusammen: Experten aus Politik und Wirtschaft diskutierten das Thema Taxonomie – denn die von der EU geplanten Taxonomie-Regeln betreffen alle Unternehmen in Deutschland, die Kredite in Anspruch nehmen wollen. Doch damit nicht genug: Die Taxonomie soll dabei nur den Grundstein für eine Vielzahl weiterer Gesetze und Vorgaben legen, die in den nächsten Jahren kommen und unsere Wirtschaft grundlegend verändern werden. Ein ernstes Thema, das einmal mehr die Notwendigkeit umfassender Entlastungen für deutsche Unternehmen unterstrich (mehr auf den Seiten 32 bis 33).



Alina Kemper
Redakteurin
kemper@mit-bund.de



27



28



29

27. Die Redner und Diskussionsteilnehmer der Taxonomie-Veranstaltung; 28. Beim Empfang im Anschluss an die Diskussion entstehen angeregte Gespräche; 29. Gitta Connemann moderiert durch die Paneldiskussion; 30. Der ehemalige MIT-Bundesvorsitzende und stv. Parteivorsitzende Carsten Linnemann schaut natürlich auch vorbei; 31. Thorsten Alsleben mit der stv. Generalsekretärin Christina Stumpp; 32. JU-Deutschlandtag: Der hessische Ministerpräsident Boris Rhein stimmt ab und nimmt sich ein Thermometer mit; 33. Jens Spahn besucht den MIT-Stand und stimmt ab; 34. Gute Stimmung: MIT-Geschäftsführer Thorsten Alsleben und Manfred Weber; 35. Ein Teil des Teams der Bundesgeschäftsstelle mit dem bisherigen JU-Bundesschatzmeister Philipp Amthor



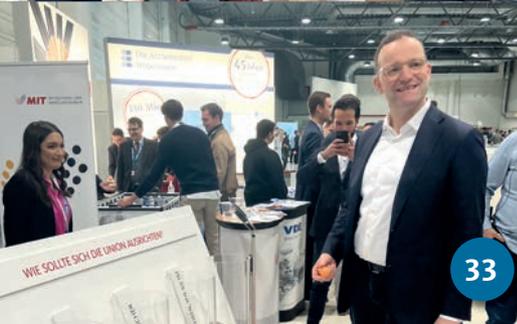
30



31



32



33



34



35



...ankommen und entspannen.



Allgoi
...aus dem Allgäu, für das Allgäu.
www.allgoi.com

Seespitz
Ihr freundliches Haus direkt am Weissensee



Verbringen Sie eine erholsame Auszeit in unserem komfortablen Appartementhotel direkt am malerischen Weißensee.

Unsere langjährig gesammelten Kunstwerke und Designobjekte schaffen eine außergewöhnliche Atmosphäre.

Entspannen Sie in der finnischen Sauna, im Schwimmbad mit Blick auf Berge und See und genießen Sie den Abend in unserem gemütlichen italienischen Restaurant.

Appartementhotel Seespitz - Pfrontener Str. 45 - D-87629 Füssen-Weißensee

Tel. +49 8362/38899 - Fax +49 8362/38890 - E-Mail info@seespitz.de - www.seespitz.de

VERONIKA GRIMM IM INTERVIEW

„Der Tankrabatt hat auch viele begünstigt, die man gar nicht entlasten musste.“

Die Wirtschaftsweise Prof. Veronika Grimm spricht im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben über die Gaspreisbremse, den Fachkräftemangel – und was sie als Wirtschaftsministerin anders machen würde.

Alsleben: Frau Professorin Grimm, Sie hatten mit Ihrem Sachverständigenrat eine etwas ungewöhnliche Reaktion. Rot-Grün hat sich gefreut über Ihre Steuererhöhungs-Vorschläge. Schwarz-Gelb hat das abgelehnt. Ist jetzt der Sachverständigenrat nach links gerutscht?

Grimm: Nein, der Sachverständigenrat leitet seine Einschätzungen aus wissenschaftsbasierter Analyse ab. Wir haben unsere Vorschläge in den Kontext gesetzt: Im aktuellen Inflationsumfeld wäre es auch ein Anliegen von Ordoliberalen, zielgerichtet zu entlasten, um die Staatsfinanzen zu schonen und die Inflation nicht unnötig durch fiskalische Maßnahmen anzukurbeln. Das gelingt, indem man nur denjenigen Entlastung zukommen lässt, die stark von der Inflation betroffen sind und gleichzeitig die Belastungen nicht selbst tragen können, etwa aufgrund von niedrigem oder mittlerem Einkommen. Dem würden, glaube ich, viele Ökonomen zustim-

men. Nun wurden aber viele Maßnahmen gerade nicht zielgerichtet, sondern mit der Gießkanne gestaltet. Die Gelder sind einfach vielen zugutegekommen, die der Staat gar nicht entlasten muss, weil sie die Verluste selbst tragen können. Und dann haben wir eben gesagt, im Gegenzug könnte man überlegen, sich durch zeitlich befristete Maßnahmen einen Teil wieder zurückzuholen.

Alsleben: Aber das trifft ja genau 80 Prozent des Mittelstandes! Die ganzen Personengesellschaften zahlen die Einkommensteuer, die ganzen Freiberufler, Selbstständigen. Die werden in so einer Situation noch mal belastet.

Grimm: Zum Beispiel hat der Tankrabatt auch viele begünstigt, die man gar nicht entlasten musste. Gerade bei den Unternehmen wird der Staat viele Unternehmen entlasten, die entweder gar nicht so stark durch Energiekosten belastet sind, weil der Energiekosten-Anteil gar nicht so groß ist,



oder auch solche, die ihre Kostensteigerungen an die Verbraucher weitergeben können. Unser Vorschlag ist schon auch der Wink mit dem Zaunpfahl an die Politik, zu sagen: Kümmert euch mal darum, dass ihr besser, zielgerichteter entlasten könnt, wenn solche Krisensituationen eintreten. Da sind wir aktuell nicht gut aufgestellt.

Alsleben: *Wir haben in diesem Jahr über 50 Milliarden Euro Mehreinnahmen gegenüber 2021. Im nächsten Jahr werden es über 100 Milliarden Euro sein. Braucht man da überhaupt Steuererhöhungen?*

Grimm: Wir nehmen auch in großem Umfang Kredite auf. Man muss schon sehen, dass wir die Finanzierung der Entlastungen über eine Erhöhung der Staatsverschuldung realisiert haben. Nun stehen wir in Deutschland einerseits gut da, weil aufgrund der Schuldenbremse der Staatsschuldenstand niedrig war. Wir dürften auch relativ

gen. Wenn wir mehr Resilienz wollen, müssen wir Abhängigkeiten – insbesondere von China – reduzieren. Das wird das Wachstumspotential kurzfristig weiter reduzieren – in einer Zeit, in der wir schon einen Wohlstandsverlust hinnehmen müssen. Und vor diesem Hintergrund finde ich es nicht ganz unwichtig, darauf zu achten, die Verschuldung im Rahmen zu halten.

Alsleben: *Kommen wir zur Gaspreisbremse, an der Sie maßgeblich mitgearbeitet haben. Da gab es mehrere Kritikpunkte. Zum einen, im Dezember gibt es jetzt eine kleine Hilfe mit diesem Abschlag und dann ab März die Entlastung rückwirkend. Wie sollen Unternehmen in der Winterlücke im Januar und Februar ihre Liquidität sichern?*

Grimm: Wichtig bei der Gaspreisbremse ist es, dass die Verbraucher entlastet werden, aber gleichzeitig

„Eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke würde im Jahr 2024 eine Strompreisreduktion zwischen acht und zwölf Prozent bringen.“

schnell wieder von den Schulden runterkommen, wenn uns jetzt nicht noch viele weitere Krisen treffen. Aber die Tilgungspläne belasten künftige Generationen und reduzieren deren Spielräume. Und das in einer Zeit, in der geopolitische Veränderungen die Rahmenbedingungen für Europa schwieriger machen. Unser Appell ist es, die Programme auszubalancieren, also nicht leichtfertig die zukünftigen Generationen zu belasten, sondern zu überlegen, wer auch heute etwas stemmen kann. Was wir in unserem Gutachten besonders fokussieren, sind die Herausforderungen der Zukunft: Wettbewerbsfähigkeit, Energie, Fachkräfte, Herausforderungen aufgrund geopolitischer Veränderun-

der Gas-Sparanreiz erhalten bleibt. Es wird nun entsprechend unserer Empfehlung so umgesetzt, dass man mit jeder Kilowattstunde, die man einspart, seine Rechnung um den hohen aktuellen Marktpreis verringert. Sparanreize bleiben also voll erhalten. Die Entlastung kommt bei den Kunden als Einmalzahlung an, die proportional zu ihrem historischen Verbrauch ist und die Kostenbelastung auf ein Niveau senkt, das ungefähr in Zukunft zu erwarten ist, das nennen wir „New Normal“. Dieses Kostenniveau ist höher als die historische Kostenbelastung, da die Gaspreise in Zukunft nicht auf das historische Niveau zurückgehen werden – LNG wird teurer sein als das russische Gas.



Veronika Grimm studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Hamburg und Kiel und promovierte 2002 an der Humboldt-Universität Berlin. Nach ihrer Promotion lehrte und forschte sie an der Universität Alicante, Spanien, am CORE (Université Catholique de Louvain, Belgien) und ECARES (Université Libre de Bruxelles, Belgien) sowie an der Universität Köln, wo sie 2008 habilitierte. Seit 2008 ist Prof. Grimm Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie an der Universität Erlangen-Nürnberg und Direktorin des „Laboratory for Experimental Research Nuremberg (LERN)“. Seit 2020 gehört die 51-jährige dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an.

Alsleben: Sie beziehen sich da nur auf Gas. Was ist mit Pellets und Öl? Da sind ja auch viele betroffen von den Preissteigerungen.

Grimm: Von Preissteigerungen, ja. Die Preissteigerungen bei Pellets und Öl sind ungefähr eine Verdopplung der Kosten, teilweise eine 2,5-Fachung. Wir haben aber bei Gas eine Verzehnfachung der Preise im Großhandel erlebt. Sie sind weiterhin auf historisch hohem Niveau und werden nicht vor 2024 wieder deutlich sinken. Und diese Kosten kommen jetzt langsam bei den Gas-

gelung diesen Leuten noch weitergehend geholfen werden. Aber das sollte man dann wirklich einkommensabhängig machen.

Alsleben: Sie haben im Frühjahr gesagt, man solle Energiekosten auch nicht für die Unternehmen zu sehr dämpfen, weil es eigentlich gut ist, dass wir hohe Preise haben, damit Energie gespart wird. Das führt natürlich in vielen Fällen dazu, dass sich Produktion in Deutschland nicht mehr lohnt, weil woanders die Energiepreise geringer sind.

Grimm: Ja, genau. Man muss bei den Kosten entlasten, aber gleichzeitig die hohen Preise wirken lassen. Wir sehen ja jetzt aktuell die Verzehnfachung der Energiepreise und es geht wieder runter. Aber das alte Niveau werden wir nicht mehr erreichen, sondern es wird voraussichtlich eine Lücke zu den historischen Gaspreisen bleiben. In Deutschland hatten wir historisch Gaspreise zwischen 15 und 20 Euro pro MWh am Großhandel und jetzt legen die Terminmärkte und energiewirtschaftliche Berechnungen eher einen mittelfristigen Preis zwischen 40 und 60 Euro nahe. Also haben wir vorgeschlagen, die Entlastung so zu gestalten, dass Haushalte und Unternehmen ab sofort auf dem Niveau dieser „neuen Normalität“ sind. Schon das wird bei den Unternehmen zu einer Selektion führen. Wer unter den Rahmenbedingungen kein tragfähiges Geschäfts-

modell hat oder Schwierigkeiten hat, seine Transformation hin zu erneuerbaren Energien schnell genug umzusetzen, der wird unter Druck geraten. Daher wird es teilweise zu Standortverlagerungen kommen und es muss schneller als erwartet eine Diskussion stattfinden, ob man bestimmte Sektoren aus strategischen Gründen halten soll. Man kann natürlich nicht für die gesamte Wirtschaft dauerhaft den Energiepreis unter dem Niveau der Marktpreise fördern. Aber man muss schon schauen, wo es zu Abwanderung kommt, die uns zum Beispiel in neue Abhängigkeiten bringt.

Alsleben: Betrachten wir die Angebotsseite. Sie fordern die Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke. Aber man hätte ja auch die drei, die noch lauffähig wären, reaktivieren können. Dann hätten wir mehr CO₂-armen Strom. Warum haben Sie das nicht vehement gefordert?

Grimm: Es ist unklar, ob es sich lohnen würde, für alle Brennstäbe zu beschaffen. Der Preiseffekt ist schon signifikant. Wir haben das für die drei noch laufenden Kernkraftwerke gerechnet. Eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke würde im Jahr 2024 eine Strompreisreduktion zwischen acht und zwölf Prozent bringen. Ob man jetzt die weiteren Kernkraftwerke auch noch hinzuholen sollte? Es gäbe einen weiteren preissen-

„Wir sollten in der Tat deutlich mehr auf den Emissionshandel setzen.“

kunden an. Das bedeutet, dass die Gasrechnung sich verfünffacht bis verachtfach. Dieser Kosten-Tsunami, den können die meisten Haushalte und auch viele Unternehmen nicht stemmen. Den will man abfangen. Und zwar etwa so weit, dass sich die Gaspreise nur verdoppeln, statt sich zu verachtfachen. Die Gaspreisbremse sollte so ausgestaltet sein, dass die Gaskunden in etwa so stark belastet sind wie die Pellet- und Öl-Kunden. Und wenn jemand – etwa aufgrund eines niedrigen Einkommens – nicht in der Lage ist, die Verdopplung seiner Gaskosten zu tragen, dann muss über eine Härtefallre-

kenden Effekt. Aber mit zunehmendem Ausbau von Erneuerbaren würden sie diese immer mehr aus dem Markt drängen. Da man sie nicht mehr lange bräuchte, rechnen sich die Brennstäbe vermutlich nicht für alle sechs. Müsste man sich genau anschauen und abwägen.

Alsleben: *Sie sind ja wie die MIT für eine Stärkung des Emissionshandels als Klimaschutz-Instrument. Müsste man nicht so konsequent sein und nur noch auf Emissionshandel setzen und die ganzen anderen Instrumente, Verbrenner-Verbot, gesetzliche Abschaltzeiten für Kohlekraftwerke usw., abschaffen, weil wir dann ja über den Preis die CO₂-Mengen steuern?*

Grimm: Wir sollten in der Tat deutlich mehr auf den Emissionshandel setzen. In dem Bereich, wo wir den Emissionshandel haben, da wurden die Emissionsreduktionsziele erreicht. In den anderen Bereichen setzen wir immer wieder Sofortprogramme auf, von denen man eigentlich schon weiß, dass sie viel zu teuer sind und am Ende ihren Zweck auch nicht erfüllen. Es sollte höchste Priorität haben, in der Europäischen Union auch für die Bereiche Mobilität und Wärme einen Emissionshandel einzuführen. Aber auch dann bleibt die Herausforderung, dass Klimaschutz nur global gelingen kann und wir daher dringend mit anderen Staaten weltweit kooperieren müssen. Und gerade mit den USA, die sonst ein wichtiger Kooperationspartner sind, wird das nicht

einfach sein. Der Inflation Reduction Act ist nicht gut kompatibel mit einem gemeinsamen Vorgehen beim Klimaschutz. Da muss man hoffen, dass die aktuellen politischen Gespräche etwas bewegen.

Alsleben: *Kommen wir zu den Sozialversicherungen: Gesundheit, Pflege, Rente, alles ist ja unter dem demografischen Damoklesschwert, wenn man es durchrechnet, so nicht mehr finanzierbar. Was ist die Lösung?*

Grimm: Der Sachverständigenrat hat die Rentenversicherung im Jahr 2020 in den Blick genommen. Es liegen vom Beirat des Wirtschaftsministeriums, des Finanzministeriums, von verschiedenen Kommissionen, vom Sachverständigenrat

Anzeige



Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



digenrat, Empfehlungen vor, die alle in die gleiche Richtung gehen: Man muss das Verhältnis von Arbeitszeit zu Ruhestand über das Erwerbsleben hinweg konstant halten und damit das Renteneintrittsalter anheben, wenn auch die Lebenserwartung steigt. Dies ist unerlässlich, um die Tragfähigkeit der Rentenversicherung wieder herzustellen. Wir müssen also das Renteneintrittsalter erhöhen. Man muss natürlich dann auch die Voraussetzungen schaffen, dass die Leute tatsächlich länger arbeiten können – etwa durch Weiterbildungen und eine Anpassung der Tätigkeiten entlang des Erwerbslebens. Denn das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt ja deutlich unter dem gesetzlichen Rentenalter. Häufig wird auch behauptet, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen oder mehr Zuwanderung würde das Problem lösen. Das ist ein Irrtum, denn die Menschen erwerben ja auch Ansprüche gegen die Rentenversicherung, wenn sie mehr arbeiten.

Alsleben: *Das größte Thema für die Betriebe neben den Energiepreisen ist der Fachkräftemangel, der ja inzwischen ein Arbeitskräftemangel ist. Was würden Sie sich da wünschen in Sachen Zuwanderung?*

Grimm: Zum einen haben wir die Gleichwertigkeitsprüfungen für die Qualifikationen, die eigentlich in vielen Bereichen unnötig scharf sind und wirklich ein Hemmnis für die Zuwanderung.

„Man kann natürlich nicht für die gesamte Wirtschaft dauerhaft den Energiepreis unter dem Niveau der Marktpreise fördern. Aber man muss schon schauen, wo es zu Abwanderung kommt, die uns zum Beispiel in neue Abhängigkeiten bringt.“

Alsleben: *Weil der Arbeitgeber auch selbst entscheiden kann, ob derjenige geeignet ist?*

Grimm: Ja, man könnte auch den Arbeitsplatz zur wesentlichen Zugangsvoraussetzung machen. Das wäre eine Richtung, in die man gehen kann und die wir auch im Gutachten vorschlagen. Man könnte die Westbalkan-Regelung auf andere Länder ausweiten. Dann muss man natürlich sehr eng auch mit den Ländern kooperieren, um eben auch tatsächlich die Zuwanderungsströme in die Wege zu leiten, die Hemmnisse abzubauen.

Alsleben: *Wie viele brauchen wir da eigentlich?*

Grimm: Wenn man das aktuelle Erwerbspersonenpotenzial aufrechterhalten will, dann braucht man unter der Annahme, dass sogar die Erwerbsbeteiligung leicht steigt, eine Netto-Zuwanderung von 400.000 Personen pro Jahr. Das bedeutet brutto eine Zuwanderung von 1,5 Millionen Personen jährlich, da ja nicht alle bleiben.

Alsleben: *Das wird für eine Gesellschaft nicht leicht.*

Grimm: Es wird vor allem nicht leicht, die Menschen und ihre Familien herzulocken. Uns fehlen dafür die Strukturen und das Mindset. Wir brauchen zum Beispiel eine serviceorientierte Agentur für Zuwanderung. Die kommunalen Ausländerbehörden haben den völlig falschen Fokus. Und dann müssen wir unsere Attraktivität für die Zuwanderer erhöhen: Wir brauchen etwa mehr Chancengerechtigkeit an den Schulen, damit die Kinder

der Zuwanderer nicht von vorneherein benachteiligt sind. Wer seine Kinder nicht gut betreut weiß, der kommt nicht mit seiner Familie oder geht wieder.

Alsleben: *Jetzt komme ich zu etwas, was allenfalls den Mathematikern unter den Wissenschaftlern leichtfällt, nämlich Ja-Nein-Fragen. Sie können nur mit Ja oder Nein antworten. Wird Deutschland aus dieser Krise gestärkt hervorgehen?*

Grimm: Ja.

Alsleben: *Werden wir in den nächsten Jahren Wohlstandsverluste erleben?*

Grimm: Ja.

Alsleben: *Wird sich Soziale Marktwirtschaft international als Wirtschaftsordnung durchsetzen?*

Grimm: Joker.

Alsleben: *Wird Deutschland ohne Kernenergie ein klimaneutrales Industrieland werden können?*

Grimm: Ja.

Alsleben: *Wird die Inflation in den nächsten Jahren wieder in die Nähe von 2 Prozent sinken?*

Grimm: Ja. Ich glaube an die EZB.

Alsleben: *Am Schluss eine Satzvervollständigung: Wenn mir nach der nächsten Bundestagswahl das Wirtschaftsministerium angeboten würde...*

Grimm: ... dann würde ich versuchen, die Wirtschaftspolitik auf den Klimaschutz auszurichten, aber marktwirtschaftlich. ●





Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

PRO & CONTRA

Brauchen wir auch künftig Kernenergie in Deutschland?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Dr. Christoph Ploß MdB (37)

ist CDU-Bundestagsabgeordneter und ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und im Verkehrsausschuss.

Ein Industrieland braucht eine zuverlässige Grundlastversorgung

Als russische Truppen im Februar auf Kiew marschierten, war klar: Dieser Angriffskrieg würde auch auf Deutschland massive Auswirkungen haben. Die zuverlässige Energieversorgung unseres Landes hat in der politischen Diskussion seitdem einen neuen Stellenwert. Die Union sollte sich hier klar positionieren: Deutschland braucht auch nach dem April 2023 eine saubere, bezahlbare, zuverlässige und grundlastfähige Stromquelle – und diese Rolle kann auf absehbare Zeit nur die Kernenergie übernehmen.

Ja, auch erneuerbare Energien können günstig sauberen Strom produzieren; ihren Ausbau gilt es deshalb weiter voranzutreiben. Für ein Industrie- und Hochtechnologieland ist eine zuverlässige Grundlastversorgung indes unerlässlich. Dies können die erneuerbaren Energien noch nicht leisten. In großem Stil Kohlekraftwerke wieder anzufahren, ist angesichts des Klimawandels aber unverantwortlich. Eine massive Steigerung der Stromimporte würde unsere Abhängigkeit ebenso erhöhen, wie weiter auf Erdgas zu setzen. Die weltweite Uranproduktion ist hingegen breit gestreut, zwei Drittel kommen aus Kasachstan, Namibia und Kanada.

Unser Strombedarf wird zudem stark steigen. Etwa im Chemie- und Verkehrs-

sektor, aber auch in anderen Bereichen wird sich der Strombedarf in den nächsten Jahren vervielfachen, auch weil der CO₂-Ausstoß unseres Landes weiter sinken soll. Dieser Bedarf muss bezahlbar gedeckt werden. Schon heute hat jedoch kaum ein Industrieland höhere Strompreise als Deutschland. Letztlich wird nur die Kernenergie das erforderliche Stromangebot schaffen können. Dazu müssen wir auch die Forschung vorantreiben. Zahlreiche Länder

bauen bereits moderne Reaktoren, die

sicherer und effizienter sind. Die

Reaktoren der nächsten Generation werden wohl auch einem

Nachteil der Kernenergie begegnen können und verbrauchte

Brennstäbe nutzen. Ohnehin zählt

die Kernenergie bei nüchterner Betrachtung pro erzeugter Kilowattstunde

zu den sichersten und klimafreundlichsten

Formen der Stromerzeugung.

Nach den ideologisch geprägten Debatten der Vergangenheit spricht sich heute auch eine wachsende Mehrheit der deutschen Bevölkerung für eine verstärkte Nutzung der Kernenergie aus. Wenn wir sichere und bezahlbare Energie für den Mittelstand, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen und im Winter warme Wohnungen haben wollen – dann brauchen wir neben den Erneuerbaren auch in den nächsten Jahren Kernenergie.

PRO

Am 15. April 2023 sollen die letzten drei Kernkraftwerke heruntergefahren werden. Eine endgültige Entscheidung? Es bleibt die Frage, was im Winter 2023/2024 passiert. Das Ifo-Institut hat berechnet, dass der Streckbetrieb aller drei Kraftwerke den Strompreis 2023 um 4 Prozent drücken könnte. Hat die Kernenergie nicht doch noch eine Zukunft in Deutschland?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Bis 2050 wird Kernkraft keine Lösung sein können

Neue Kernkraftwerke sind dramatisch zu teuer, zu unflexibel, ihr Bau käme viel zu spät und es gibt bis heute ungelöste Probleme. AKWs werden fossile Energien nicht ersetzen können. Wenn sich die Union nicht von der Illusion Kernenergie verabschiedet, werden ihre Kompetenzwerte bei den Themen Energie, Wirtschaft und Klima weiter so sinken, wie es gerade eine Studie im Auftrag des CDU-Bundesvorstands gezeigt hat – eine echte Bedrohung für unsere Wahlchancen. Schon die These, bisher sei Kernenergie günstig, ist falsch. Allein Deutschland zahlte bisher 287 Mrd. Euro Subventionen für nukleare Energie, deutlich mehr als die gesamte Förderung der erneuerbaren Energien. Darin fehlen die Endlagerkosten von mindestens 51 Mrd. Euro. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat 2021 ausgerechnet, dass nur Braun- und vor allem Steinkohle mehr Subventionen bekommen haben: sagenhafte 437 Mrd. Euro bzw. 100 Mrd. mehr als die Atomenergie. Erneuerbare Energien liegen trotz der Überförderung durch das EEG bei gut der Hälfte. Das einzige ökonomisch Sinnvolle ist, abgeschriebene Anlagen kurzfristig länger laufen zu lassen. Das hilft ein wenig gegen Strommangel und Preissteigerungen, aber nicht dauerhaft. Werden AKWs zu alt, wird es teuer. Der französische Steuerzahler muss dieses Jahr Verluste von

32 Mrd. Euro stemmen. Genauso schlimm sind die Zahlen beim Neubau. Sechs AKWs befinden sich in Europa im Bau. Alle haben mindestens zehn Jahre Verzug. Alle haben höhere Preissteigerungen als der Flughafen BER – das finnische Olkiluoto von 3 auf 10 Mrd., das französische Flamanville von 3 auf 19 Mrd. Euro. Seit 25 Jahren sinkt der Anteil der Kernkraft an der weltweiten Stromerzeugung, erstmalig seit 40 Jahren auf unter 10%. Ohne die chinesischen Neubauten mit ihren wenig nachvollziehbaren Kalkulationen wäre der Rückgang noch stärker. Die internationale Atomenergiebehörde sagt, jedes achte AKW werde nicht fertig gebaut. Atom-Reaktoren der vierten Generation sind entweder noch im Forschungsstadium (Flüssigsalzreaktor und Laufwellenreaktor) oder haben das Prototypen-Stadium nicht überwunden (gasgekühlte Hochdrucktemperaturreaktoren). Im Westen gibt es keine Genehmigungen, nur eine allgemeine, vorläufige Design-Zertifizierung in den USA. Bleibt die Kernfusion, „das Dauerversprechen zur Lösung der großen Energiefragen“ (CSU-Wissenschaftsminister Markus Blume). Kosten- und Zeitpläne verschieben sich permanent: Wir sind bei 20 statt geplanten 6 Mrd. Euro für den Prototyp Iter, der den Funktionsnachweis bislang nicht erbringen konnte, und einem kommerziellen Start frühestens 2060. ●

CONTRA



Thomas Heilmann MdB (58) ist CDU-Bundestagsabgeordneter, MIT-Mitglied und Bundesvorsitzender KlimaUnion e.V. Er ist ordentliches Mitglied im Gemeinsamen Ausschuss sowie im Ausschuss für Klimaschutz und Energie.



UNION SETZT SICH DURCH

Warum beim Bürgergeld ein Systemwechsel verhindert wurde

Ab Januar wird Hartz IV durch das so genannte Bürgergeld ersetzt. Wochenlang machten CDU, CSU und MIT öffentlich Druck und verhandelten nach – mit Erfolg: Hartz IV bekommt zwar einen neuen Namen, aber die bewährten Instrumente der Arbeitsvermittlung bleiben erhalten. Hier kommen die Fakten.

Was war Hartz IV, beziehungsweise ist „Bürgergeld“?

Das so genannte „Bürgergeld“ umfasst ab dem 1. Januar 2023 die bisherigen Hartz-IV-Leistungen. Es handelt sich also um die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Sie soll sicherstellen, dass der Lebensbedarf gewährleistet werden kann. Wer bisher Anspruch auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld hatte, wird auch künftig Anspruch auf das Bürgergeld haben. Die Umgestaltung betrifft knapp fünf Millionen Leistungsbezieherinnen und -bezieher sowie 405 Jobcenter mit fast 75.000 Beschäftigten.

Warum lehnte die Union den ursprünglichen Ampel-Vorschlag zum Bürgergeld im Bundestag und Bundesrat ab?

Ziel der Union ist und bleibt es, Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen. Wer einen Job sucht, muss dabei unterstützt und weitergebildet werden. Es gibt in Deutschland fast 2 Millionen unbesetzte Arbeitsstellen. Ziel der Arbeitsmarktpolitik sollte deshalb eine rasche Vermittlung sein. Die Jobcenter sollen auch weiterhin sämtliche Instrumente klug einsetzen können, um die Bereitschaft zur Arbeits- und Ausbildungsaufnahme zu fördern. Dazu gehört es, die Fördermaßnahmen zu

verbessern, aber eben auch, die Mitwirkung des Leistungsempfängers sicherzustellen, und wo nötig dazu Leistungskürzungen zu nutzen. Fordern und Fördern gehören einfach zusammen. Doch genau diesem Prinzip drohte das Aus. Fakt ist: Es wurde angesichts der Inflation dringend erforderlich, dass die Regelsätze in der Grundsicherung zum 1. Januar 2023 deutlich angehoben werden. Aber weite Teile des ursprünglichen Gesetzes lehnten die Unionsparteien und die MIT ab.

Welche Kritikpunkte gab es im Einzelnen?

Konkret waren es drei:

1. Das Bürgergeld in seiner ersten Fassung setzte die falschen Anreize: Für Geringverdiener drohte reguläre Arbeit unattraktiver zu werden. Damit wäre das Bürgergeld de facto zum Einstieg in das bedingungslose Grundeinkommen geworden. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann zog nach Vorstellung des Gesetzes ein vernichtendes Fazit: „Es darf nicht der Eindruck entstehen: Wer arbeitet, ist der Dumme. Aber dieses fatale Signal sendet die Ampel jetzt – und das mitten in einer historischen Wirtschaftskrise.“
2. Die ursprünglichen Pläne von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sahen vor, dass anders als bei Hartz IV am Anfang des Bürgergeld-Bezugs eine sechsmonatige „Vertrauenszeit“ stünde, in der keine Sanktionen drohten, falls ein Empfänger die Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur verweigert. Das aber hätte das Prinzip des „Förderns und Forderns“ untergraben.
3. Die Höhe des vorgesehenen Schonvermögens, das in der Anfangszeit des Bürgergeld-Bezugs nicht angetastet wird, lag ursprünglich bei 60.000 Euro beim eigentlichen Leistungsbezieher sowie bei jedem weiteren Haushaltsmitglied bei 30.000 Euro. Viel zu hoch, befand nicht nur die MIT. Gitta Connemann bilanzierte im September: „Nichtleistung lohnt sich zukünftig – finanziert von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Auch von denen, die kein eigenes Auto haben und zur Miete wohnen. Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Mit solchen Maßnahmen wird die Politikverdrossenheit geschürt.“

Was konnte die Union verhindern?

Wichtigster Sieg: Der Einstieg ins bedingungslose Grundeinkommen, der mit der ursprünglichen Version des Bürgergelds leicht hätte beginnen können, wurde abgewendet. Die Grundsicherung bleibt stattdessen eine steuerfinanzierte Sozialleistung, die bestimmte Voraussetzungen hat und die die Zeit bis zur Rückkehr in eine Beschäftigung überbrückt. Ein Systemwechsel konnte also abgewendet werden.

In welchen Punkten setzten sich CDU und CSU konkret gegen die Ampel durch?

1. Schon ab dem ersten Tag des Leistungsbezugs bleibt es möglich, auf Pflichtverletzungen mit Leistungskürzun-

gen zu antworten. Denn: Die von der Ampel angestrebte fast vollständig sanktionslose Vertrauenszeit von sechs Monaten wurde gestrichen.

2. Der ursprünglich unverbindliche Kooperationsplan wird von Anfang an rechtsverbindlich ausgestaltet. Das heißt: Die Jobcenter fordern die Leistungsempfänger von Anfang an verpflichtend dazu auf, die verabredeten Pflichten einzuhalten. Tun sie dies nicht, so sind Leistungskürzungen möglich.
3. Auch beim Schonvermögen siegte die Vernunft: Die Karenzzeit, in der das Vermögen des Leistungsbeziehers nicht angetastet werden darf, wurde von zwei Jahren auf ein Jahr halbiert. Die Vermögensfreigrenzen wurden fast halbiert: Für den Leistungsbezieher selbst werden nur noch 40.000 Euro angerechnet und für jede weitere Person nur noch 15.000 statt 30.000 Euro.

Was steckt hinter dem Prinzip „Fördern und Fordern“?

Als probates Mittel, das Hartz IV bis heute den Stempel aufdrückt, wurde das Prinzip von Fordern und Fördern geschaffen. Einer seiner Grundgedanken lautet: Die Befreiung aus der Beschäftigungslosigkeit erfordert immer eigene Anstrengungen. Das wichtigste arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrument sollte daher im Sinne des Forderns die Hilfe zur Selbsthilfe (die „Aktivierung“) sein. Oder vereinfacht gesagt: Von den Betroffenen kann ein gewisses Maß an Eigenverantwortung und Flexibilität erwartet werden. Genau dieses erfolgreiche Prinzip drohte, unter die Räder zu kommen.

War diese Diskussion überhaupt notwendig?

Eigentlich nicht. Die Inhalte beim „Bürgergeld“ bleiben nach Intervention der Union im Wesentlichen dieselben wie bei Hartz IV. Fakt ist: In den 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung hat sich die arbeitsmarktpolitische Situation in Deutschland deutlich aufgehellt. Bei der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 waren rund 26 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Demgegenüber standen rund fünf Millionen registrierte Arbeitslose, davon nahezu zwei Millionen Langzeitarbeitslose.

Gut anderthalb Jahrzehnte später haben wir hier in Deutschland ganz andere Zahlen: Etwa 33,8 Millionen Menschen gingen 2021 einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach, 2,6 Millionen waren arbeitslos gemeldet, davon waren 1,03 Millionen langzeitarbeitslos. Durch die Betreuung und Vermittlung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende konnten bisher sehr vielen Menschen der Weg zurück in eine auskömmliche Beschäftigung geebnet werden. Seit 2006 ist die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II um mehr als 1,5 Mio. gesunken. ●



Dr. Juliane Berndt
Leiterin Kommunikation
Chefin v. Dienst Mittelstandsmagazin
berndt@mit-bund.de

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



Entlastung auf dem Weg

Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in der Rede zur Lage der Union ein Entlastungspaket für KMU angekündigt, welches die Zahlungsfähigkeit der überlasteten Unternehmen unterstützen soll. Einer der Eckpfeiler eines solchen Entlastungspakets könnte die angekündigte Überarbeitung der EU-Zahlungsverzugsrichtlinie sein. Verspätete Zahlungen hindern KMU daran, in Nachhaltigkeit zu investieren und gefährden die Liquidität, sowie oft auch ihre Existenz. Deshalb braucht der Mittelstand hier einen starken und modernen Rechtsrahmen, zum Beispiel durch Obergrenzen für B2B-Zahlungen oder eine stärkere Durchsetzung mit Sanktionen und Überwachungspflichten.



Mehr Bürokratie

Die Europäische Kommission hat den tatsächlichen Ernst der Lage anscheinend immer noch nicht erkannt und ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 mit einem kräftigen „Business-usual“-Ansatz präsentiert. Dieses zählt 43 neue Initiativen und 119 prioritär zu behandelnde Gesetzgebungsverfahren. Eine unglaubliche Anzahl vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, in der sich Europa aktuell befindet. Die Kommission versäumt es hier einmal mehr, Gesetzgebungsinitiativen wie das Lieferkettengesetz (CSDDD) oder die Gebäuderichtlinie (EPBD) zurückzuziehen oder auf Eis zu legen. Und von einem Bürokratiemoratorium, welches wir als PKM für unsere mit Bürokratiekosten überlasteten Unternehmen fordern, gibt es weit und breit keine Spur. Umso tragischer: Die neuen Initiativen stehen überwiegend nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Krisenbewältigung oder einem Erreichen der Klimaziele 2030 und 2050. Für einige Gesetzgebungsvorschläge ist nicht einmal eine Folgenabschätzung geplant.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Hochkarätiges Panel in Berlin

„Taxonomie“ – das Ende der freien Unternehmensfinanzierung?

Die von der EU geplanten Taxonomie-Regeln betreffen alle Unternehmen in Deutschland, die Kredite in Anspruch nehmen. Als Teil des European Green Deal sehen die Pläne der EU-Kommission vor, nachhaltiges Wirtschaften zu definieren. Sie sollen sowohl für Unternehmen als auch für Investoren künftig verpflichtend sein. Welche Folgen hat das? Was können wir politisch noch beeinflussen? Wie können sich Unternehmen wappnen?

Das diskutierten wir am 7. November mit hochrangigen Experten aus Politik und Wirtschaft in Berlin: Nach der Eröffnung durch die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann gab es Impulse von der Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands, Iris Bethge-Krauß und dem Vorstandsmitglied des ZVEI e.V., Stefan Karsch sowie eine Podiumsdiskussion mit dem Leiter Public Affairs & Nachhaltigkeit der Deutsche Kreditbank AG (DKB), Dr. Andreas K. Gruber, dem ehemaligen Vizepräsidenten der EU-Kommission und Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg a. D. Günther H. Oettinger sowie dem stellv. Mitglied im Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags, Dr. Klaus Wiener MdB.

Eines ist bereits klar: Neben ordnungspolitischen Erwägungen wird die Taxonomie für viele Unternehmen schlicht eine Bürde sein. In Zeiten, in denen viele Unternehmen nicht sicher wissen, ob sie im nächsten Jahr überhaupt noch existieren, senden solche Weichenstellungen viele beunruhigende Signale in die Wirtschaft. Es gibt Ängste, dass solche Regelungen den Standort im internationalen Wettbewerb unattraktiver machen, und sie binden in wirtschaftlich dramatischen Zeiten zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen. Deswegen fordert die MIT bereits seit Beginn der Krise ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft.

Gitta Connemann skizzierte die Konfliktlinien – die herausragende Bedeutung von Ökologie und Klimaschutz, aber auch die erdrückenden Lasten, gerade für den Mittelstand. Für VÖB-Präsidentin Iris Bethge-Krauß

ist die Taxonomie zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht. Für SynFlex-Geschäftsführer Stefan Karsch stellt die Taxonomie ein Beispiel verfehlter Ordnungspolitik dar. Zudem überschätze Europa seine Vorbildwirkung für andere Weltregionen. Für den ehemaligen Ministerpräsidenten und EU-Kommissar Günther Oettinger bedeutet der gesamte Green Deal so ziemlich das Gegenteil einer reflektierten Industriepolitik. Zudem habe man beim Thema Bürokratielast die Wirtschaftsverbände kaum angehört.

Oettinger warnte zudem vor einer Erweiterung der Taxonomie auf Sozialkriterien, was für die Unternehmen erheblich komplizierter als die bisherigen Regeln wäre. Klaus Wiener MdB bekräftigte, dass zum ökologischen Umbau unserer Volkswirtschaft große Kapitalmengen notwendig seien. Jedoch müsse die demokratische Legitimation sichergestellt bleiben. Andreas Gruber von der DKB unterstrich seine positive Haltung zur Taxonomie, kritisierte aber die bürokratische und zum Teil ungeschlüssige Ausgestaltung. Es war ein erkenntnisreicher Abend, der auf eine Feststellung hinauslief: Das letzte, was unsere Unternehmen in der derzeitigen akuten Situation brauchen, sind weitere Belastungen aus Brüssel.



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de



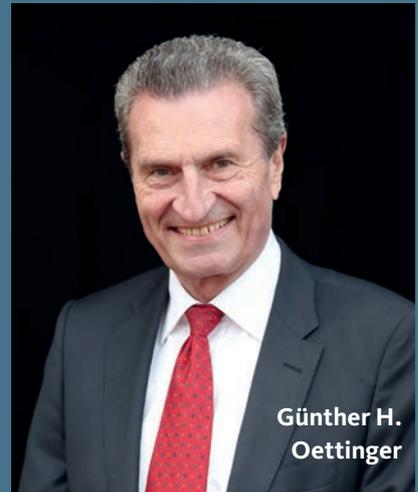
Iris Bethge-Krauß



**Stefan
Karsch**



**Dr. Andreas K.
Gruber**



**Günther H.
Oettinger**



Dr. Klaus Wiener MdB

Energiesicherheit

Kernkraftwerke werden abgeschaltet

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion übt scharfe Kritik an der Entscheidung der Bundesregierung, die drei deutschen Kernkraftwerke nur bis April 2023 zu verlängern. Die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann erklärte: „Der Kanzler zieht sein schärfstes Schwert – und am Ende steht de facto die Grünen-Position: keine Laufzeitverlängerung, keine neuen Brennstäbe. Es bleibt beim Atomausstieg zum 15. April 2023. Dieser faule Kompromiss hilft der Ampel, aber nicht dem Land. Wenn der Bundeskanzler schon ein Machtwort spricht, sollte er auch richtig durchgreifen. Erforderlich wäre der Weiterbetrieb aller drei Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024. Denn der Strommangel wird im kommenden Winter ebenso so groß sein wie in diesem Winter.“

Die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland versorgen derzeit rund 10 Millionen Haushalte mit Strom und sind damit unentbehrlich, um eine Ausweitung der Energiekrise zu verhindern. Unter Verweis auf seine Richtlinienkompetenz hat Bundeskanzler Scholz die Fachminister angewiesen, den Weiterbetrieb aller drei Kernkraftwerke vorübergehend zu verlängern. Gitta Connemann: „Wenn man jetzt Kernkraftwerke braucht, braucht man sie auch in einem Jahr. Dann hätte man aber jetzt die dafür notwendigen Brennstäbe bestellen müssen. Der faule Kompromiss wird die Preise nicht senken. Der Beschluss, die Kernkraftwerke nur bis Frühjahr 2023 laufen zu lassen, bedeuten 12 Prozent höhere Kosten und 14 Prozent zusätzlichen CO₂-Ausstoß. Und die Gefahr eines Blackouts im nächsten Jahr bleibt.“

Die Wirtschaft leidet momentan unter dem knappen Energieangebot, aber auch unter der Unsicherheit, die durch die sprunghafte Politik der Bundesregierung verbreitet wird. Gitta Connemann: „Diese Ampel-Entscheidung bringt den Bürgern und Betrieben keine Planungssicherheit. In Deutschland müssen die Kernkraftwerke mindestens bis Ende 2024 weiterlaufen. Sonst drohen weiterhin Stromausfälle und Mondpreise. Dafür müssen die erforderlichen Brennstäbe bestellt werden.“ Die MIT-Bundesvorsitzende zieht eine bittere Bilanz: „Mit diesem Kompromiss hat Olaf Scholz nur seine zerstrittene Koalition über den Winter gerettet.“

Konjunktur



Deutschland wird zum Schlusslicht unter den Industrienationen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für Deutschland im kommenden Jahr mit einer Rezession – anders etwa als für Frankreich, Spanien oder Großbritannien. Dazu erklärte Gitta Connemann, die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT): „Nun ist es leider amtlich. Deutschland trägt die Rote Laterne. Die früher führende Wirtschaftsnation Europas ist jetzt das Schlusslicht unter den Industrienationen. Alle diese Länder befinden sich vor denselben Herausforderungen. Aber Deutschland verliert den Anschluss. Alle wirtschaftlichen Prognosen werden durch die Bank nach unten korrigiert. Unsere Wirtschaft bekommt damit die nationale Quittung für das desaströse Krisenmanagement der Bundesregierung.“

In Deutschland sei die Verlangsamung des Wachstums „besonders stark“, heißt es in dem IWF-Bericht. Laut der Währungshüter wird Deutschlands Wirtschaftsleistung sich auf minus 0,3 Prozent entwickeln. Demgegenüber wird für die Eurozone ein positives Wachstum von 0,5 Prozent erwartet, für die Weltwirtschaft plus 2,7 Prozent, für China sogar 4,4 Prozent. Gitta Connemann: „Es gab in den letzten Jahren immer wieder Krisen mit wirtschaftlichen Einbrüchen – Eurokrise, Finanzkrise, Pandemie. Davon konnte das Gros der Betriebe sich jeweils schnell erholen. Aber jetzt steuert das Land in eine dauerhafte Rezession. Es droht eine lange Durststrecke. Denn die Ampel schafft es seit Monaten nicht, Antworten für die Energiekrise zu finden.“

Bildung

Weniger Gendern, mehr Mathe

Das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) hatte im Auftrag der Kultusministerkonferenz für die aktuelle Untersuchung Kompetenzen von Viertklässlern in Deutsch und Mathematik untersucht. Die Ergebnisse waren besorgniserregend. Konkret hat jeder fünfte Viertklässler Probleme mit dem Lesen und Rechnen, sogar fast jeder Dritte mit der Rechtschreibung. Damit haben sich die Kompetenzen der Schüler in Deutsch und Mathematik im Vergleich zu vorangegangenen Untersuchungen 2011 und 2016 noch einmal deutlich verschlechtert.

Diese Entwicklung wird auch den Mittelstand treffen. MIT-Bundsvorsitzende Gitta Connemann erklärte: „Die Folgen sind sicht- und spürbar. Immer mehr Betriebe beklagen die mangelnde Ausbildungsfähigkeit. Köpfe sind unser Kapital. Deshalb muss diese Ressource gepflegt und in diese investiert werden. Weniger Gendern, mehr Mathe und Lebenskunde. Das muss Priorität Nummer eins in den dafür zuständigen Ländern sein.“

Nur wenige Bundesländer haben gegen den Trend eine Verbesserung zum letzten Erhebungszeitraum erreicht. Gitta Connemann: „Sachsen und Bayern zeigen, das und was möglich ist. Wer nicht in Bildung investiert, gefährdet den Wohlstand unseres Landes.“

Grundsteuer



Fristverlängerung reicht nicht

Wegen des schleppenden Eingangs der neuen Grundsteuererklärungen bei den Finanzbehörden wird die Abgabefrist bis Ende Januar 2023 einmalig verlängert. Doch auch das dürfte nicht helfen. MIT-Chefin Gitta Connemann sagte: „Drei Monate Fristverlängerung reichen nicht.“ Viele Bürgerinnen und Bürger seien überfordert oder unsicher. „Denn bisher gilt: Wer sich erklärt hat, haftet. Darum müssen die komplexen Angaben nachträglich korrigiert werden können.“ Die Bescheide sollten unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergehen.

Steuerpolitik

Wirtschaftsweise auf dem Holzweg

In ihrem diesjährigen Jahresgutachten raten die Wirtschaftsweisen der Bundesregierung zu Steuererhöhungen für einkommensstarke Haushalte. Um die teuren Maßnahmen im Kampf gegen die Energiekrise zu finanzieren, solle der Spitzensteuersatz angehoben oder alternativ ein Energie-Soli für Besserverdienende eingeführt werden.

Dem erteilte die MIT eine scharfe Absage. Gitta Connemann: „In dieser historischen Wirtschaftskrise ist Entlastung das Gebot der Stunde. Für Mittelständler und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären Steuererhöhungen Gift. Steuersenkungen wären jetzt erforderlich. Die Vorschläge der Wirtschaftsweisen für Steuererhöhungen sind deshalb realitätsfern und toxisch.“

Dies gelte auch für die heimlichen Steuererhöhungen durch die kalte Progression, betonte Connemann: „Gehälter und Renten müssen mit der Inflation Schritt halten können. Bislang wird jeder Ausgleich wegbesteuert – mit satten Gewinnen für den Staat. Leistungsträger brauchen aber mehr Netto vom Brutto. Bisher forderte auch der Sachverständigenrat den Abbau der Kalten Progression. Die Kehrtwende des Gremiums ist deshalb nicht zu erklären.“

Außenhandel

MIT warnt vor Abhängigkeit Chinas von Deutschland



Das Vordringen Chinas in sensible Wirtschaftsbereiche ruft massive Sicherheitsbedenken hervor. Zuletzt führte der geplante Verkauf der Chip-Fertigung des Dortmunder Unternehmens Elmos an ein Tochterunternehmen des chinesischen Konzerns Sai Microelectronics zu scharfer Kritik.

Auch die MIT hat eindringlich vor einer Abhängigkeit Deutschlands von China gewarnt. Gitta Connemann sagte hierzu: „Es darf keinen Putin II geben. Sonst heißt es: gestern der Transrapid, heute Chips, morgen unsere Freiheit“. Sie ergänzte: „Das chinesische Regime will die Welt umbauen. Der gezielte Kauf von Industrien dient einem Ziel: Know-how-Erwerb.“ Die Schwächung des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland sei programmiert.

Veranstaltung

MIT ist Partner beim Christlichen Führungskräftekongress

KCF

WERTE ORIENTIERT FÜHREN

Die MIT ist Partner beim Kongress Christlicher Führungskräfte, der vom 27. bis 29. April 2023 in

Berlin stattfinden wird. Dort treffen sich rund 3000 Unternehmer und Führungskräfte, die ihr Handeln auf die Basis christlicher Werte stellen.

Zu den zahlreichen prominenten Rednern im Plenum und den Panels gehören der CDU-Vorsitzende und MIT-Mitglied Friedrich Merz, Bundesbankvorstand Joachim Wuermeling, der Vorstandschef von Daimler Truck, Martin Daum und Professor Ottomar Edenhofer, Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich das Gefühl habe, dass der Mittelstand in Deutschland systematisch vernachlässigt wird.



Finn Werner

Unternehmer,
MIT Lüchow-Dannenberg

... ich mithelfen will, den Wohlstand unserer Gesellschaft zu sichern.



Isabelle Sarrach

Finanzspezialistin,
MIT Maintal-Dörnigheim

... sich der Mittelstand in diesen Zeiten organisieren muss.



Michaela Heidick

Unternehmerin,
MIT Markersdorf

Finn Werner (22) ist gebürtiger Lüchow-Dannemberger und Absolvent der Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Während des Studiums fing Werner an, sich in der CDU zu engagieren.

Heute ist er Mitglied im Vorstand seines CDU-Kreisverbandes, JU-Kreisvorsitzender und Mitglied im Bezirksvorstand der JU Lüneburg. Zusätzlich engagiert sich Werner im Wirtschaftsrat der CDU. Im Sommer dieses Jahres hat Werner zusammen mit Niklas Hintze die Firma Digitalien gegründet. Das Start-Up hilft seinen Kunden, mit der „Gen Z“ zu kommunizieren. „Heute hängen sie noch auf TikTok und im Metaverse – morgen sind sie die Spitzenpolitiker und Meinungsmacher. Um bei den Machern von morgen anzukommen, muss man ihre Sprache sprechen.“ Werner zog im Herbst nach Berlin, um dort für die CSU im Deutschen Bundestag zu arbeiten.

Isabelle Sarrach (28) verbrachte als waschechte Maintalerin ihr bisheriges Leben in der Heimat des Apfelweins. Zum Einstieg ins Berufsleben absolvierte sie eine Ausbildung zur Bankkauffrau, um erste Grundlagen in der Finanzwelt zu erlernen.

Ihr wurde schnell eine Stelle als „Junior Business Analystin“ bei einer bekannten Fondsgesellschaft in Frankfurt am Main angeboten. Dort ist sie sozusagen die „Schnittstelle“ zwischen der IT und den jeweiligen Fachbereichen.

Erste Schritte in der Politik wagte Isabelle Sarrach bereits 2014, als sie der CDU beitrug. Seit 2021 ist sie Stadtverordnete und im letzten Jahr wurde sie zur Vorsitzenden der CDU-Maintal gewählt. In ihrer Freizeit tankt Isabelle Sarrach Kraft beim Reiten, erkundet das Umland auf dem Fahrrad oder sie hält sich mit Schwimmen fit.

Michaela Heidig (40) lebt mit ihrer Familie in Jauernick-Buschbach, unweit der deutsch-polnischen Stadt Görlitz/Zgorzelec. Die beeidigte Diplom-Übersetzerin für Englisch arbeitet seit 2007 als freiberufliche Englischtrainerin und Übersetzerin für Firmen, Hochschulen und Privatkunden. Nach Stationen als Angestellte bei Bombardier Transportation GmbH und der Hochschule Zittau/Görlitz, wo sie das Hochschulsprachenzentrum leitete, zog es sie immer wieder zurück in die Selbständigkeit.

Mit ihrem Unternehmen „kommuniket. DAS SPRACHENINSTITUT“ kann sie sich beruflich in verschiedensten Bereichen verwirklichen und gemeinsam mit ihrem internationalen Team Sprachkurse individuell und zielgruppenorientiert gestalten. Neben der MIT engagiert sich Michaela Heidig im Förderverein der regionalen Hochschule und im Dorfverein.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Mitgliederstatistik

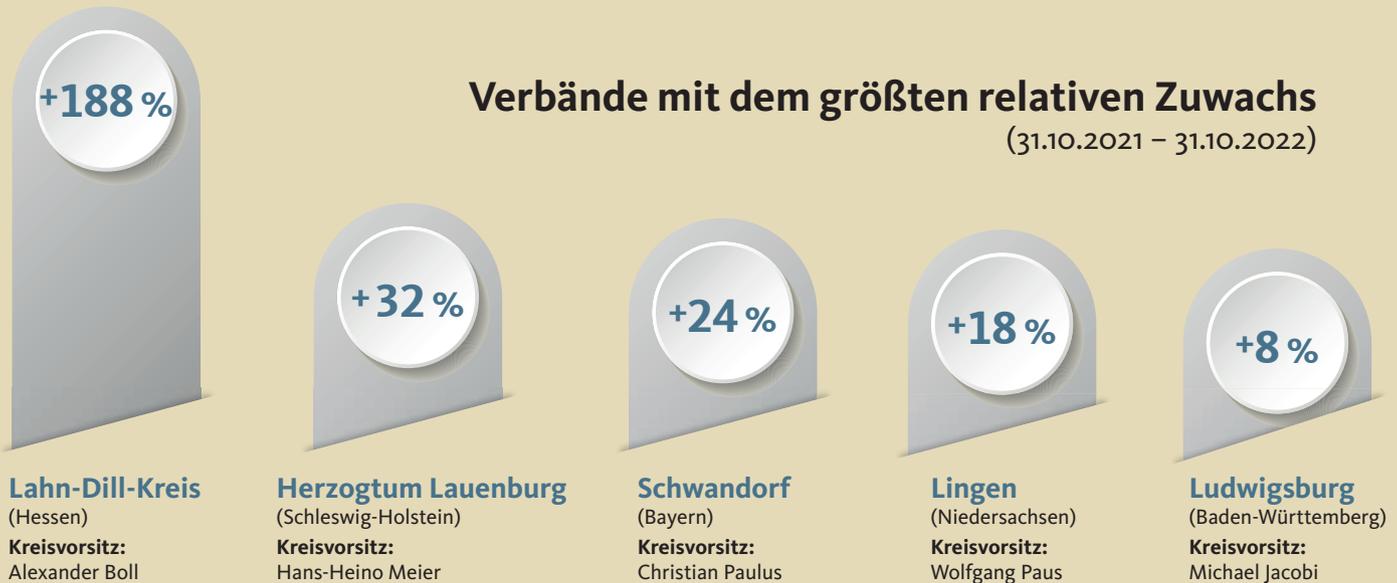
Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände

(31.10.2021 – 31.10.2022)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs

(31.10.2021 – 31.10.2022)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs

(31.10.2021 – 31.10.2022)



Es ist Zeit für mehr Netto vom Brutto!



(was der Arbeitgeber zahlt)



(was der Arbeitnehmer bekommt)

Am Ende des Jahres soll sich die Arbeit gelohnt haben!

**Fröhliche Weihnachten wünscht
die Metall- und Elektro-Industrie**



„Mein Traum:
eine Meerjungfrauen-
Schule.“

Lass dich nicht unterkriegen.

Damit Katrin mit ihren Schülerinnen entspannt in ihre Unterwasserwelt abtauchen kann, braucht sie einen freien Kopf. Aufwendige Rechnungsabwicklung würde sie nur runterziehen. Für große Träume braucht es jemanden, der dir den Rücken freihält. www.lexware.de

LEXWARE

Einfach machen